Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.20 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.G.m.b.H. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 100648 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Montag, den 10. August 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 171**

Der hallische Verfassungstag ein Reinfall!

Die Reichsbannerparteien helfen beim Zolldiktat
Was sagen die Proleten im Reichsbanner dazu?

Gestern haben sich immerhin einige hunderttausend von Arbeitern vom Reichsbanner-Schwindel einfangen lassen und gemeinsam mit Zentrum und Demokraten für die Weimarer Verfassung demonstriert. Sie sind dabei doppelt hineingefallen: Erstens, weil keine der Reichsbannerparteien — auch nicht die SPD. — ernstlich gewillt ist, mit allen Mitteln gegen die monarchistische Gefahr zu kämpfen und zweitens, weil

am Tage vor der gemeinsamen Verfassungsfeier die Reichsbanner-Brüder von der demokratischen und Zentrumspartei den Zollwucherern Zutreiberdienste geleistet haben.

Am Beginn der Sonnabendsitzung des Reichstags verlas Präsident Löbe den Antrag der Regierungsparteien, **der die Redezeit zur zweiten Beratung der Zollvorlage auf insgesamt vier Stunden für jede Fraktion festsetzt.**

Der Reichstag war vollständig besetzt, als diese Provokation der Zollraubparteien verlesen wurde. Bei der Verlesung steigerte sich die Entrüstung immer mehr, stürmisch nahmen die Kommunisten gegen die Vergewaltigung Stellung, gleichfalls protestierten die Sozialdemokraten auf das schärfste. Die Rechte schwieg und lachte.

Genosse Stoecker

stellte fest, daß gestern im Aeltestenrat kein Mitglied der Regierungsparteien gewagt hat, diesen Antrag vorzubringen, sondern daß man schon gestern gewillt war, den Reichstag zu überrumpeln. (Lebhafte Zustimmung links.)

Aber die Mehrheitsparteien irren sich, wenn sie glauben, mit einem solchen Vorschlage die Opposition vergewaltigen zu können.

Die Arbeiterklasse wird sich das nicht gefallen lassen, sie wird den Kampf gegen diese Gewaltmaßnahmen aufnehmen.

Nach einer Rede des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Scholz, der unter stürmischem Widerspruch der Opposition abtreten muß, protestiert der Demokrat Koch mit scharfen Worten gegen die Vergewaltigung der Oppsiotion.

Genosse Koenen

stellt fest, daß die diesmalige Vergewaltigung der Opposition alles auch in der Monarchie Dagewesene übersteigt. Selbst 1902 zog sich die zweite Lesung des damaligen Zolltarifs durch viele Wochen hin, und erst in der dritten Lesung wurde ein Gewaltstreich versucht, der aber an den heutigen nicht annähernd heranreicht.

Breitscheid (SPD.) verweist darauf, daß die Regierungsparteien im Ausschuß **jeder sachlichen Debatte aus dem Wege gegangen** sind, und daß das Zentrum sich überhaupt nicht der Mühe unterzogen hat, sich zu den Zollgesetzen zu äußern: Es stimmt einfach stillschweigend mit den Rechtsparteien mit.

Genosse **Rosenberg** weist darauf hin, daß die **Völkischen und auch die Wirtschaftspartei**, die angeblich die Interessen des Mittelstandes vertreten, diesen Raubzug des Kapitals **mit unterstützen.**

Genosse **Stoecker** stellt nunmehr den Antrag, die Sitzung zu vertagen, damit die Fraktionen zu diesem Gewaltakt Stellung nehmen können.

Bei der Abstimmung stimmten außer den Kommunisten für diesen Antrg nur noch die Sozialdemokraten und Demokraten.

Er war abgelehnt. Unter immer wachsender Erregung wird dann der Abwürgungsvorschlag der Regierungsparteien von diesen angenommen. Ein ungeheurer Lärm bricht los, die kommunistischen Abgeordneten rufen den Zoll- und Wucherräubern „Pfui" entgegen, es kommt zu sehr scharfen Kundgebungen, an denen sich auch die Sozialdemokraten beteiligen. Nach einer Zeit wurde dann in die Beratungen eingetreten.

Als der Präsident dem

Reichskanzler Luther

das Wort zur Begründung der Regierungsvorlage erteilt, und als dieser sich zur Rednertribüne begibt, wird er von den Kommunisten mit den Rufen: **„Oberräuber, Oberzöllner!"** empfangen. Die Kommunisten drängen nach vorn und verhindern diesen Einpeitscher des Zoll- und Steuerraubs am Reden.

Nach minutenlangem Protest der Kommunisten, dem sich auch einige Sozialdemokraten anschließen, kann der Kanzler der deutschen Bourgeoisie erst verständlich werden.

Die Rede des Reichskanzlers war eine einzige Provokation und Verhöhnung der arbeitenden Massen. Er fühlt sich bereits als Diktator, denn

dieses Gesetz gibt schon der Regierung die Vollmacht, die Zölle weiter in die Höhe zu treiben, ohne vorher den Reichstag zu fragen.

Angesichts dieser Zollvorlage wagt es Luther, von der allgemeinen Verarmung der breiten Massen zu reden, deren Kaufkraft durch die Senkung der Preise gestärkt werden müsse. Die Kommunisten rufen ihm zu: Nachdem sie den Arbeitern das Brot verteuern, Sie Hungerkanzler.

Nachdem dann der Abgeordnete **Hilferding** (Soz.) gegen die Zölle gesprochen hat, **begründete Abgeordneter Petrinius (Zentr.) die Regierungsvorlage.** Dann sprach

Genosse Hoernle

und wies in längeren Ausführungen nach, daß durch die Wucherzölle nicht nur die Arbeiter, sondern auch der gesamte Mittelstand und die kleinen Bauern aufs schwerste getroffen werden, wie dies selbst bürgerliche Professoren bestätigen.

Genosse **Hoernle** geht eingehend auf die deutsch-französischen industriellen Verbindungen ein und beweist an Beispielen, wie das Industriekapital nach dem Ausland billig, aber im Inlande teuer verkauft. Die Zölle dienen dazu, diese Schleuderausfuhr nach dem Auslande auf Kosten der Arbeiter, Angestellten, Beamten und des Mittelstandes noch zu verstärken.

So wie die militärischen Rüstungen werden auch die Zollrüstungen zu **weiteren Konflikten führen,** da folgerichtig ein Wettrüsten einsetzen wird.

Der Abg. Dittmann beantragt

Vertagung der Sitzung und bezweifelte gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Die Kommunisten und Sozialdemokraten verlassen darauf den Saal. Unter großer Wut der Rechten muß eine namentliche Feststellung der anwesenden Abgeordneten vorgenommen werden. Bei der dann stattfindenden Auszählung ergibt sich jedoch, daß nur 244 Abgeordnete anwesend sind, während zur Beschlußfähigkeit 247 nötig sind. Das Haus war also durch das Herausgehen der Kommunisten und Sozialdemokraten **beschlußunfähig. Die Demokraten aber stellten sich auf die Seite der Zollräuberparteien.**

Der volksparteiliche Präsident wollte aber noch den für heute fälligen Herauswurf durchführen und erklärte, daß er

den Genossen Neubauer aus dem Saal verweise.

Da Genosse Neubauer den Saal nicht verläßt, unterbricht Rießer die Sitzung auf fünf Minuten.

Als er dem Zentrumsabgeordneten Ehrhardt das Wort geben will, beantragt Abg. Dittmann erneut **Vertagung** der Sitzung und bestreitet die Beschlußfähigkeit des Hauses. Bei der dann stattfindenden Auszählung wurden 252 Zettel abgegeben, was die **Beschlußfähigkeit** bedeutet und mit stürmischem Beifall der Regierungsparteien quittiert wurde.

Die „Vossische Zeitung" selbst stellt fest, daß

„diese knappe Beschlußfähigkeit nur durch die Anwesenheit der demokratischen Abgeordneten ermöglicht wurde.

Nach dem Urteil eines demokratischen Blattes also haben die Demokraten die Durchpeitschung aller Zollgesetze trotz aller ihrer schönen Redensarten unterstützt. Sie haben sich in der Praxis um nichts besser erwiesen, als die andere Reichsbannerpartei, das Zentrum, das offen mit den Zollräubern durch dick und dünn geht.

Die sozialdemokratischen **Arbeiter** aber müssen sich jetzt die Frage vorlegen, ob es für sie noch ein Zusammengehen mit den **Zollräuberparteien im Reichsbanner** oder irgendwo sonst noch geben kann. Die ganze sozialdemokratische Presse hat es **vermieden,** klar und offen den Verrat des Zentrums festzunageln. Obwohl man die Sozialdemokratie diesmal **wie einen toten Hund behandelt** und sich nicht einmal die Mühe genommen hat, mit ihr zu **kuhhandeln** (vor einigen Tagen wurde noch Hermann Müller zur Teilnahme am Herauswurf der Kommunisten herangezogen) geben die SPD.-Führer **noch immer nicht die Hoffnung** auf eine neue „große" oder „ganz große" Koalition auf.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen daraus die Konsequenzen ziehen.

Schluß mit der Koalitionspolitik, Schluß mit dem Reichsbanner

Noch ist es Zeit! Die Vorschläge, die wir Kommunisten in unserem Offenen Brief gemacht haben, können noch durchgeführt werden, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter den nötigen Druck hinter ihre Führer setzen und wenn — wie wir nach allem Geschehenen erwarten müssen — das alles nichts hilft, die Einheitsfront von unten herauf verwirklichen.

Was soll werden?

Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben:

Einige Fragen an diejenigen Abgeordneten der SPD., die die Polizeiaktion des Deutschnationalen Gräf im Reichstag gegen die Kommunisten nicht gebilligt haben, an den Bundesvorstand des ADGB. und vor allem an die SPD.-Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften.

I.

Bei der Beratung der Steuergesetze haben die Mehrheitsparteien **ein Vorspiel** zu dem gegeben, was sie **bei der Zollbebatte** leisten werden. Die **Durchführung des Dawes-Planes** um jeden Preis auf den Schultern der Arbeiterklasse — das ist das Programm, bei dessen Ausführung die parlamentarische Kulisse rücksichtslos beiseite geschoben wird. Die **uniformierte Schupo im Parlamentssaale,** die die kommunistische Opposition gegen die Hungerregierung Hindenburg-Luther **mit Gewalt mundtot** machte — war das nicht ein Symbol Dawes-Deutschlands, in dem die arbeitenden Massen durch Reichswehr, Schupo oder Justiz mit Gewalt zur Raison gebracht werden? Die Arbeiterklasse Deutschlands ist — wenn es rein nach den parlamentarischen Kräfteverhältnissen geht — **schutz- und wehrlos einer Bürgerblock-Regierung ausgeliefert,** die ihre 1923 durch Ebert-Seeckt errungene „Stabilisierung" mit **jedem** Mittel „verankert". Wir Kommunisten blicken auf den Weg zurück, den die Arbeiterschaft Deutschlands seit dem verhängnisvollen Tage des November 1918 unter der Führung der SPD. zurückgelegt hat — jeder Schritt war ein Schritt hin zur **völligen Auslieferung und Unterwerfung der Arbeiterklasse** unter die Bourgeoisie. Als im August 1924 die **Dawes-Gesetze** angenommen wurden, da machten die SPD.-„Theoretiker" den Arbeitern allerlei Illusionen von dem Zeitalter des Friedens, des Achtstundentages und der von Dawes vorgesehenen Existenzminimumlöhne vor, die die Folge des „Ausgleichs" mit der Entente sein würden. **Was ist von all dem eingetreten?** Das Gegenteil von dem, was damals die SPD. verkündete.

Dank dieser Politik der SPD. herrscht heute die Reaktion unverhüllt. Im Augenblick konzentriert sich ihr Angriff auf die **Wirtschaftsfront.** Die Auswirkungen der verbrecherischen Zoll- und Steuerpolitik auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen in den nächsten Monaten werden die Illusionen über die „Stabilisierung" in ihren Wurzeln erschüttern. Die Frage des Kampfes um den Lohn — das ist die unvermeidliche, **nächste Etappe des Klassenkampfes.** Wie sich dieser Kampf abspielen wird, vor allem mit welchem Erfolg für die Arbeiterklasse, das hängt zum großen Teile von der Haltung der Gewerkschaftsführer und der Opposition in den Gewerkschaften ab.

Wer die ganze Politik des ADGB. bei diesem Vorgehen der Reaktion zur erhöhten Ausbeutung der Arbeiterklasse von Beginn bis zum heutigen Tage beobachtet hat, weiß, daß von dieser Seite bisher nur Worte gemacht wurden. Heute, am 6. August, wo die brutale Vergewaltigung der Vertreter des Proletariats im Parlament, die die Interessen der Arbeiterklasse wahrgenommen haben, bereits Tatsache geworden ist, begnügt sich der ADGB. **mit einer Bittschrift** an die Steuerräuber und Zollwucherer, um diese zur Umkehr zu bewegen. Der ADGB., der der räuberischen Zoll- und Steuermehrheit des Reichstages im Augenblick des Kampfes nichts anderes entgegenzusetzen hat als sogenannte „Vernunftsgründe", weiß sehr wohl, daß es notwendig wäre, **den Machtmitteln der Junker und der Schwerindustrie die Machtmittel der breiten Massen des Volkes entgegenzusetzen,** die in ihrer Zahl und in ihrem geschlossenen kompakten Auftreten liegen. Die sogenannte **„Warnung in letzter Stunde"** ist nichts anderes als ein **Verzicht auf den proletarischen Klassenkampf.** Der „Vorwärts" vom gleichen Tage muß in seinem Leitartikel zugestehen, daß gegenüber den brutalen Nacht- und Willkürakten der Reaktion **die Mittel des parlamentarischen Kampfes unzureichend sind** und muß zu gleicher Zeit verkünden, daß die Steuer- und Zollreaktion selbst vor der Maßnahme nicht zurückschreckt, zur Durchführung der Zolldiktatur **das Parlament vollständig auszuschalten.** Natürlich ist es eitel Heuchelei, wenn der „Vorwärts" darüber jammert, daß dieses Willkürregiment selbst die so eingeschränkte Redezeit im Parlament beseitigt, wenn unmittelbar zuvor die Führer der Sozialdemokraten um Hermann Müller mit der Reaktion diese Beschneidung der parlamentarischen Rechte vereinbart und gegen den Widerstand der Kommunisten durchgeführt haben. Die Sozialdemokratie als Partei bekundet damit in Verbindung mit der „Warnung in letzter Stunde" des ADGB. ihre vollkommene Machtlosigkeit, **indem sie auf außerparlamentarische Mittel verzichte.**

II.

Die Beratungen über **die Zollvorlage** haben soeben begonnen. Das Zentrum, der brave Reichsbannerkamerad, gehört in die Front der Zollscharfmacher trotz der Rebellion eines Teiles der Zentrumsarbeiter. Schon heute zeigt sich klar, wie geradezu verhängnisvoll für das Proletariat es war, daß die SPD. und der Bundesvorstand

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250810-18/fragment/page=0001

des ADGB. das im Offenen Brief der KPD. vor fünf Wochen vorgeschlagene Aktionsprogramm gegen den Zollwucher mit Hohn und Spott abgewiesen haben, trotzdem es sich heute erweist, daß dieses Aktionsprogramm der einzige Weg gewesen wäre, um einen machtvollen geschlossenen Kampf der Arbeiterklasse durchzuführen. Die Berliner Zolldemonstration der Gewerkschaftskommission und der SPD. war in dieser Beziehung ebenso lehrreich wie die Reichsdemonstrationen. Die Furcht, sich bei Marx oder Koch zu kompromittieren, wenn man sich den Kommunisten Unter den Linden oder im Lustgarten zeigt, sollte man wirklich getrost den Hermann Müller u. Co. überlassen, sich nicht aber von solchen Diplomatenkünsten im Klassenkampf leiten lassen. Die Bourgeoisie wird keinen Schritt zurückweichen, wird auf keine Parlamentsopposition achten, solange nicht die Massenaktion der Betriebe und der Straße sie dazu zwingen werden.

Wir Kommunisten sind von Euch sozialdemokratischen Führern, auch von den linksten unter Euch, durch Eure unüberbrückbare Kluft der Gegensätze über den Weg des Proletariats zum Sozialismus getrennt. Nie und nimmer werden wir uns in den zwei Grundfragen einigen: über die Eroberung der Macht durch das Parlament oder durch den offenen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und über die zweite Frage, über das Verbleiben in einer Partei, deren hoffungslose bürgerliche Politik jeder linke SPD.-Mann insgeheim zugeben muß. Niemand von Euch glaubt daran, daß der Parteiapparat in Heidelberg oder später von den Müller, Wels, Noske, Hilferding getrennt werden kann, die die Politik dieser Partei für immer bestimmen.

Trotz dieser grundsätzlichen Gegensätze bestehen auf dem Gebiete der gegenwärtigen aktuellen politischen Tageskämpfe eine Reihe von Fragen und Gegenwartsaufgaben, bei denen es für die SPD.-Arbeiter, Gewerkschaftler und die Führer der SPD., die dieser Stimmung der Arbeiter Rechnung tragen, Berührungspunkte gibt, die durch den unnermeidlichen Klassenkampf bei Verfechtung der elementarsten Interessen des Proletariats entstehen. Die verzweifelte Lebenslage der Arbeiterklasse sucht nach Mitteln und Wegen, dem proletarischen Klassenkampfe gerecht zu werden. Unter diesem Zwange der Verhältnisse drängt sich ganz von selbst die Forderung des gemeinsamen Zusammengehens und Zusammenschlusses aller kampfbereiten Elemente und Gruppen auf. Die gelegentliche Unterstützung der kommunistischen Opposition durch linke sozialdemokratische Abgeordnete gegen den Steuertraub im Reichstag war diktiert von eben dieser Stimmung, die die meisten sozialdemokratischen Arbeiter beherrscht.

Trotz der unüberbrückbaren Gegensätze in unserer grundsätzlichen Einstellung zu den großen Problemen des Weges zur Befreiung der Arbeiterklasse, betonen wir auch heute wieder in letzter Stunde, in der eine wichtige Entscheidung des Kampfes zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten fällt, daß wir bereit sind, nicht nur mit jeder Partei und mit der Gesamtheit der Gewerkschaftsorganisationen, sondern auch mit jeder Parteigruppe, mit jeder Lokalorganisation, mit jeder einzelnen Gewerkschaftsorganisation, ja mit jedem einzelnen dieser uns gegnerischen Organisationen gemeinsam mit ihnen zusammenzugehen in der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse in diesem so entscheidenden Augenblick. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß wir bereit sind, uns mit jeder Gruppe, die ernstlich den Kampf um die Augenblicksforderungen des Proletariats gewillt sind zu führen, zu diesem Zwecke zu verbinden. Dieser gemeinsame Kampf ist nicht nur möglich, sondern ist absolut notwendig, wenn wir den Lebensinteressen des Proletariats dienen wollen.

Wir wiederholen in aller Form abermals die Forderungen unseres Aktionsprogramms gegen den Zollwucher und den Steuertraub und schlagen vor ein Kampfbündnis zur Durchführung der Forderungen des Proletariats gegen den reaktionären Wirtschafts- und politischen Kurs des vereinigten Bürgerblocks, von den Deutschnationalen bis zum Zentrum.

Es ist kein Zweifel: die Arbeiter, die Massen drängen zu einer Roten Front gegen die Hindenburg-Aushungerungsfront. Die Vorgänge im Reichstag müssen jedem, der sehen will, die Augen öffnen. Wir haben Euch öffentlich abermals vor den Augen der gesamten Arbeiterklasse unser Angebot gemacht. **An Euch liegt es nun, die Antwort auf unsere Vorschläge zu geben.**

Antwortet ebenso klar auf unsere Fragen, wie wir klar die Fragen gestellt haben. Antwortet: Warum ist keine gemeinsame Aktion gegen die Kapitalsoffensive und die Monarchisten möglich? Die rote Front ist im Werden, die rote Front wird zusammengeschlossen durch unermeßliche Ausbeutung in den Betrieben.

Gegen oder mit Euch — die rote Front formiert sich, die Arbeiterklasse wird die Schläge der Reaktion nicht länger geduldig ertragen; sie sammelt sich zum Kampfe im Betriebe, in den Gewerkschaften und auf der Straße.

Den Arbeitern aber in den Betrieben, in den Gewerkschaften, ohne Unterschied der Parteirichtung, sagen wir, daß sie sich weder auf die parlamentarischen Tectelmechtel verlassen dürfen, noch darauf, was ihre „Führer" und Parteileitungen zu unternehmen gedenken. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann, genau so wie der Kampf der Arbeiterklasse, nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Die neuerlichen Ansätze der Organisation von Aktionsausschüssen zum Kampfe gegen die politische Verwaltung, gegen die wirtschaftliche Aushungerung, wie sie in den Betrieben hier und da sich zeigen, ist der richtige Weg zur Formierung der allgemeinen roten Kampffront gegen die schwarzweißrote Aushungerungsfront. Bildet überall Aktionsausschüsse, in denen alle Parteirichtungen und Gewerkschaftsorganisationen vereinigt, das gesamte Proletariat zum Kampfe sammeln.

Der Rote Antikriegstag Rheinland-Westfalens

(Eig. Drahtm.) Essen, 10. August.

Zu Zehntausenden waren die Arbeiter Rheinland-Westfalens gestern zur Kundgebung gegen den imperialistischen Krieg nach Essen geströmt, von der belgischen Grenze, von Koblenz bis Aachen, Köln, Düsseldorf, Solingen, Barmen, Elberfeld, Hamm, Münster usw. waren die Arbeiter gekommen. Mehr als 50 Lastautos und Sonderzüge trafen bereits in den Morgenstunden ein. Rund 50000 Arbeiter, die zum Teil 12 Stunden unterwegs waren, waren dem Rufe der KPD. gefolgt. Die Massen versammelten sich in verschiedenen Lokalen, wo Ansprachen gehalten wurden. Severing hatte die Demonstrationen unter freiem Himmel verboten. Die Mehrzahl der Demonstranten strömten nach dem Nordpark, der noch niemals so besetzt war. Der Saal reichte bei weitem nicht aus, und es füllte sich auch der Park, so daß Parallelversammlungen notwendig wurden. Zu ihnen sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Schwan und der Genosse Leow von der Bundesleitung des RFB., sowie ein Vertreter vom Internationalen Bund, ferner ein französischer Genosse. Die Polizei sperrte inzwischen die Zugangsstraßen ab. Plötzlich wurde bekannt, der Polizeiobersl vom Dienst habe den Sportplatz in Altenessen freigegeben. Schon war die Ortsgruppe Aachen des RFB. aufmarschiert, als plötzlich ein Lastauto mit Grünen angerattert kam und gegen die auf dem Platz versammelten Roten Frontkämpfer mit gesichwungenem Gummiknüppel ausschwärmten. Die tatsächlich gegebene Erlaubnis wurde im letzten Augenblick wieder zurückgezogen, so daß sich der Massen eine ungeheuere Erregung bemächtigte. Die auf dem Sportplatz aufmarschierten Züge wurden von der Polizei brutal zurückgedrängt. Es kam zu Mißhandlungen gegen Frauen, und nur der Disziplin der Demonstranten war es zu verdanken, daß es nicht zu ernsteren Zusammenstößen kam. Inzwischen rollten neue Lastautos mit grüner und blauer Polizei heran, die die Zugänge zum Nordpark vollständig verriegelten. Nachdem noch unter ungeheuerer Begeisterung die Fahne der Berliner Ortsgruppe des RFB. dem Gau Ruhrgebiet überreicht wurde und die Massen einstimmig den Schwur der Roten Frontkämpfer nachsprachen, zogen die Demonstranten vom Nordpark in die Stadt. Geschlossene Demonstrationen waren verboten, aber trotzdem ballten sich überall die Massen zusammen, was der Polizei jedesmal Anlaß gab, einzuschreiten. Das Verhalten der Polizei hat selbst in bürgerlichen Kreisen Erregung hervorgerufen.

Polizeibrutalitäten

Ein widerlicher Auftritt ereignete sich in der Kastanienallee, Ecke Limbecker Straße. Durch die Gravestraße ging in der Richtung auf den Limbecker Platz ein Trupp Teilnehmer an der Anti-Kriegskundgebung. Die Fahne entrollt, sangen sie nicht einmal übermäßig laut die „Internationale". Ein Radfahrertrupp der blauen Polizei fegt die Kastanienallee herauf und biegt in die Limbecker Straße ein. Ohne jedes Wort der Warnung hauen die von einem Offizier geführten Bestien mit blanken Säbeln nicht nur in den kleinen Trupp der Teilnehmer hinein, sondern sie schlagen auch wahllos auf die völlig unbeteiligten Zuschauer und Passanten ein. Einem dieser Herren, der zufällig seinen Photographenapparat bei sich hatte und die Szene aufnahm, passierte das Malheur, auch einen Schlag von der blauen Polizei zu erhalten. Er gab seiner Entrüstung mit den Worten Ausdruck: „Hier haben Sie meinen Personalausweis. Ich biete mich diesen armen, von Ihnen mißhandelten Leuten als Entlastungszeuge an. Ihr Vorgehen ist direkt ein Viehisches." Selbst als der kleine Trupp der Teilnehmer zerstreut war, richtete sich die Wut dieser Polizeibestien gegen einen ganz harmlos dahinziehenden Trupp, der die Kastanienallee zufällig passierte. Die Arbeiter gingen weder in geschlossenen Formationen noch sangen sie. Frauen und Kinder waren darunter. Die Polizeiradfahrer-Patrouille verfolgte die Leute bis weit die Kastanienallee hinauf, indem sie in voller Fahrt hinterherfuhr und wahllos Säbelhiebe austeilte. An der Spitze dieser Radfahrerpatrouille fuhr ein Offizier, dem die Lust am Morden buchstäblich aus den Augen sah. Er benahm sich am piehischsten. Die Teilnehmer, die nicht so schnell flüchten konnten und sich auf den Bürgersteig flüchteten, wurden von der Nachhut der Radfahrertrupps sogar mit den Fahrrädern geschlagen in der Form, daß sie den Passanten das Vorderrad in die Beine und in den Rücken stießen. Alles in allem eine Szene von derartiger Widerlichkeit, daß sich unserm Berichterstatter sogar Bürgerliche als Zeugen zur Verfügung stellten.

Für die Einheitsfront von unten gegen Zollwucher und Faszismus

(Eig. Drahtm.) Chemnitz, 10. August.

Am Sonnabend fand eine von der KPD. einberufene Versammlung statt, in der Genosse Hällein über Zoll- und Steuerwucher sprach. Die Versammlung war überfüllt. In der Diskussion sprach ein Sozialdemokrat. Er führte u. a. aus: „Ich bin 14 Jahre in der SPD. organisiert, ich habe deswegen manche Anfeindungen erdulden müssen. Aber ich habe mich nicht irremachen lassen. Heute bin ich jedoch zu der Erkenntnis gelangt, daß die SPD. nicht so gehandelt hat, wie es im Interesse der Arbeiterschaft notwendig war. Die KPD. hat das Recht, für die Arbeiterklasse zu sprechen."

Am gleichen Abend ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen Reichsbanner und Faszisten. Die Faszisten waren in der Uebermacht, so daß das Reichsbanner übel zugerichtet wurde. Ein Trupp Roter Frontkämpfer, die von der Hällein-Versammlung kamen, eilten sofort dem Reichsbanner zu Hilfe, und gemeinsam wurden die Faszisten in die Flucht geschlagen. An anderen Stellen der Stadt ereigneten sich ähnliche Zwischenfälle. Der Führer des Reichsbanners sprach den Frontkämpfern seinen Dank für die Hilfe aus.

Das große Fiasko des mitteldeutschen Republikanertages in Halle

Die geistige Veranstaltung der mitteldeutschen Republikaner war überaus kläglich. Es waren im ganzen etwa 5000 Menschen erschienen, die für die Republik demonstrierten. Aus den Hochburgen der SPD., aus Magdeburg und Leipzig, hatte man die Reichsbannerleute zusammengezogen, ohne mehr als 5000 Mann auf die Beine zu bringen. Die Republikaner, voran das „Volksblatt", hatten vorher riesig viel Tamtam gemacht, so daß man annehmen mußte, daß mindestens 100 000 Republikaner in Halle erscheinen würden. Dieser mitteldeutsche Republikanertag ist sogar noch jämmerlicher gewesen, als der vorjährige. Das Zitat Severings, daß das Reichsbanner seinen politischen Sinn verloren hat, wurde nur allzu deutlich bestätigt, besonders wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Zentrum in der Sonnabend-Sitzung des Reichstages endgültig von der schwarzrotgoldenen Koalition abgesprungen ist und, wie Breitscheid ausführte, sich unter die Diktatur des Herrn Westarp begeben hat. Die republikanische Veranstaltung in Halle war ohne jeden politischen Inhalt. Zu keiner politischen Frage der Gegenwart wurde Stellung genommen. Die Raubpläne der Steuer- und Zollwucherer blieben unerwähnt, mußten unerwähnt bleiben, weil ja der Riß mitten durch das Reichsbanner hindurch geht und ein Teil des Reichsbanners, das Zentrum, vollkommen die Zoll- und Steuerpläne der Deutschnationalen mitmacht. Wenn man die Kundgebung vom 2. August in Leipzig mit dieser republikanischen Veranstaltung vergleicht, muß jeder einigermaßen nüchtern denkende Mensch zu der Ueberzeugung kommen, daß in Leipzig sich der unbeugsame Kampfwille des Proletariats sowohl der Zahl wie dem Inhalt nach manifestiert hat, während in Halle gestern der politische Tod vorherrschend war. Der Reichsbannertag verlief in Halle ohne wesentliche Störungen.

Ausführlicher Bericht Seite 6.

Reichsbannerkaffee in Berlin

(Eig. Drahtm.) Berlin, 10. August.

Der großartig angekündigte Reichsbannertag verlief, dem Charakter der Beteiligten entsprechend, als ein Spießerfest mit Kaffee und Kuchen. Am Sonnabend fand im Ulab, einem Berliner Vergnügungspark, eine Art Verfassungsfeier statt. Alle Karusselle, die Berg- und Talbahn usw., waren höchst sinnreich mit schwarzrotgoldenen Wimpeln geschmückt. Am Sonntag war Volksfest auf den Treptower Wiesen; vom Volk war nicht viel zu sehen. Um so pompöser gebärdeten sich die großen Tiere von der SPD., dem Zentrum und den Demokraten. Auf der großen Wiese durften die einfachen Reichsbannerleute einige Geländeübungen ausführen. Dabei ließen der große Hörsing und ein Professor eine Huldigung an die Republik vom Stapel. In den Lokalen, die von dem Vergnügungsausschuß gemietet waren, begann der Betrieb um 4 Uhr. Im Saal wurde getanzt und im Garten gab es Kaffee und Kuchen und eine Tombola, wo jedes vierte Los ein Gewinn war. Natürlich wurden nur die Leute hineingelassen, die eine Mark Eintritt entrichteten. Infolgedessen kehrten viele SPD.-Arbeiter an der Türe wieder um. Am Abend gingen die Wogen der Verfassungsfeier bei Bockwurst und Bier besonders hoch. Die republikanische Morgenpresse war so begeistert, daß sie jede Schätzungsfähigkeit verlor. Der „Montag Morgen" hat 800 000 Personen in Treptow gesehen, die „Welt am Montag" bloß 500 000, trotzdem sie nicht weniger republikanisch ist.

Die französische Regierung zum Stand der Garantiepaktsverhandlungen

Eine Havasmeldung aus London besagt, daß man im englischen Auswärtigen Amt der Zusammenkunft zwischen Briand und Chamberlain die größte Bedeutung beimesse. Es werden folgende drei Programmpunkte angegeben: 1. Die französische Antwort an Deutschland; 2. Der Sicherheitspakt und 3. die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Es heißt dann in der offiziösen Meldung weiter:

1. Die Antwortnote wird sehr kurz sein und sich darauf beschränken, gewisse Punkte der deutschen Note vom 20. Juli zu berichtigen und im übrigen die Reichsregierung davon in Kenntnis zu setzen, daß die Aussprache auf diplomatischem Wege durch die Kanzleien beendet sei und direkte Verhandlungen beginnen werden. Dem entsprechend wird Deutschland eingeladen werden, zu einem bestimmten Datum Verhandlungen mit den Alliierten aufzunehmen.

2. Sicherheitspakt. Von französischer und englischer Seite wird je ein Projekt des Sicherheitspaktes ausgearbeitet und miteinander verglichen. Der französische Entwurf befindet sich zurzeit in London, doch besteht Grund zu der Annahme, daß Briand ein umgearbeiteies Projekt nach London mitbringen wird, das dann Gegenstand der Besprechungen neben dem englischen Gegenentwurf werden dürfte. Beide Projekte sollen zu einem einzigen Dokument umgearbeitet werden, das den Verhandlungen mit Deutschland zugrunde gelegt wird.

3. Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Das Foreign Office pflichtet noch immer voll und ganz der französischen Note vom 16. Juli bei, in der festgestellt wurde, daß Deutschland nur auf dem vorgeschriebenen Wege in den Völkerbund eintreten darf und daß namentlich eine Befreiung von den militärischen Verpflichtungen des Artikels 16 nicht in Frage kommt. Ferner wurde behauptet, heißt es in der Havasnote weiter, daß die Frage der Garantierung der deutschen Schiedsgerichtsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei durch Frankreich zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß gegeben hätte. Nach der Havasmeldung handelt es sich nur um redaktionelle Differenzen. England hat erklärt, daß es Frankreich völlig freie Hand in der Frage der Garantierung der Schiedsgerichtsverträge lasse. Es besteht kein Grund, anzunehmen, daß England von seinem Standpunkt abgekommen ist. Zum Schluß heißt es: „Man verschließt sich in den zuständigen englischen Kreisen nicht der Erkenntnis, daß noch gewisse Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zu beheben sind, doch erblickt man in dem Umstande, daß Briand bereits jetzt nach London geht, einen Beweis dafür, daß die beiderseitigen Standpunkte sich beträchtlich genähert haben."

Auch wir zweifeln nicht daran, daß zuguterletzt eine „Einigung" zustandekommen wird, bei der das deutsche Proletariat „auf Grund der militärischen Bestimmungen des Artikels 16" das Kanonenfutter gegen Sowjet-Rußland wie auch für den häuslichen Zwist der Imperialisten untereinander liefern muß.

Amerika gegen seine europäischen Schuldner

Ein Dawesplan für Frankreich

(TU.) Neuyork, 8. August.

Verschiedene Blätter wissen zu berichten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den Banken Mitteilungen habe zugehen lassen, die einer Warnung vor Kreditgewährung an die Alliierten gleichkommen. Die Regierung soll den Wunsch geäußert haben, daß keine Anleihen mehr gegeben würden, bevor nicht eine Schuldenregelung erfolgt sei. Die Presse erklärt jetzt offen, daß Amerika auf die Schuldenregulierung und auf eine Schuldenbezahlung mit allen Mitteln dringen müsse. Die öffentliche Meinung wende sich von Tag zu Tag schärfer gegen die schlechten europäischen Zahler, die wohl genügend Geld für hiesige Kriegsrüstungen, nicht aber zur Bezahlung ihrer Schulden an Amerika hätten. Coolidge und Kellog hätte jetzt kein anderer Ausweg mehr, als einen scharfen Druck auf die Schuldnerstaaten auszuüben. Man empfiehlt der Regierung, gerade jetzt auf Frankreich einzuwirken, denn seine großen Finanzschwierigkeiten erlauben ihm nicht, es mit Amerika zu verderben. Sollte es sich herausstellen, daß Frankreich seine Schulden nicht begleichen könne, so müsse doch für dies Land ein Dawes-Plan aufgestellt werden. Die Regierung wünscht, daß auch Belgien keine Anleihen gewährt werden, bevor mit ihm eine Verständigung in der Schuldenfrage erzielt worden sei. In politischen Kreisen Washingtons verlautet, daß die Regierung entschlossen sei, mit der anwesenden belgischen Schuldenkommission ein Abkommen zu treffen, das genau so wie ein Abkommen mit Frankreich bereits im Dezember dem Kongreß zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden könne. Alle aus Regierungskreisen stammenden Erklärungen beweisen, daß Amerika entschlossen ist, auch unter Anwendung schärfster Druckmittel die Schuldnerstaaten zu zwingen, endlich an die Schuldenregelung heranzugehen und die Zahlungen aufzunehmen.

Zu den englisch-französischen Schuldenverhandlungen

Gegenwärtig befindet sich eine französische Finanzkommission in London, um ein Abkommen zu treffen über Frankreichs Verschuldung an England.

England drängt aus eigenen wirtschaftlichen und innen- und außenpolitischen Nöten auf ein rasches Zustandekommen des Garantiepaktes hin und ist vom Wunsche beseelt, dem Garantiepakt möglichst politisch und wirtschaftlich ein „englisches" Gesicht zu geben. Das war ein Hauptgrund für England, heute seinem Schuldner Frankreich geradezu glänzende Bedingungen zu stellen zu einem Vorschlag vorläufiger Schuldenregelung. Dabei mag nach guter Kapitalistenart der Hintergedanke sein, man werde „bei Gelegenheit" die glänzende „Krawatte" dann schon als Strick zum Würgen brauchen können.

Die „Ere Nouvelle, das Leibblatt des Finanzministers Caillaux, hat den Speck gerochen und lehnt eine vorläufige Regelung kategorisch ab. Nach ihrer Meinung kann die internationale Schuldentilgung nur nach folgenden zwei Grundsätzen vor sich gehen:

1. Eine Schuldnernation muß nur Zahlungen leisten nach ihrer Leistungsfähigkeit.

2. Die Transfer-Möglichkeiten von Kapitalien von einem Land ins andere müssen berücksichtigt werden.

„Darüber hinausgehen, hieße den Ruin des Schuldners beschleunigen, womit dem Gläubiger gar nicht gedient wäre. Uebrigens, wenn Deutschland diese Rücksichten genießt, so kann man sie schwerlich Frankreich abschlagen. Es fordert sie also mit Fug und Recht."

Das ist nichts anderes, als der „Schrei nach der Dawesierung". Das Blatt Caillaux rechtfertigt ihn mit dem Hinweis auf das Baldwin-Mellon-Abkommen. Es polemisiert gegen den englischen Standpunkt, wonach Englands kontinentale Schuldner genau soviel jährlich an England zu zahlen hätten, wie England jährlich an Amerika zahlen muß. Nach den Berechnungen des Blattes hätte Frankreich jährlich 20 Millionen Pfund an England zu leisten. Zusammen also genau soviel wie England selber an Amerika leisten muß. „Wenn das englische Schatzamt für England eine solche Last erdrückend findet, wird eine gleich große Last für Frankreich denn leichter sein?" fragt die „Ere Nouvelle" erbittert.

Der Artikel schließt mit dem Hinweis, daß die französischen Finanzkreise die Verhandlungen in London äußerst gespannt verfolgen, da davon die Wiederaufrichtung des Finanzwesens und die Stabilisierung des Frankens abhängen und außerdem „unsere ganze und vollständige Handlungsfreiheit in Politik und Diplomatie".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250810-18/fragment/page=0002

Zur Eisenbahnerbewegung

Die Eisenbahnerorganisationen haben der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft folgende Forderungen überreicht:

1. **Allgemeine Lohnerhöhung um 12 Pf. pro Stunde.**
2. **Durchgehende Entlohnung für alle Schichtlohnarbeiter.**
3. **Revision der Lohngruppeneinteilung, die im wesentlichen darauf hinausläuft, die Arbeiterdienst verrichtenden Beamten in eine höhere Lohngruppe einzureihen.**
4. **Revision der Wirtschaftsgebiete.**
5. **Für August einen Lohnausgleich von 6 Pf. pro Stunde.**

Nach der schwerindustriellen „Telegraphen-Union" soll eine allgemeine Stundenlohnerhöhung von 12 Pf. eine Belastung von etwa 144 Millionen im Jahre ausmachen. Die anscheinend von der Reichsbahn A.-G. lancierte Meldung läßt bereits darauf schließen, daß sowohl von der Reichsbahndirektion als auch vom Privatkapital die heftigste Abwehr gegen die berechtigten Forderungen der Eisenbahner einsetzen wird.

Die Reichsbahndirektion stellt die Behauptung auf, daß die Forderungen der Arbeiter schon deshalb abzulehnen seien, da sie den Stand der Friedenslöhne bereits überschritten hätten. Diese Behauptung ist unzutreffend. So betrug der Anfangslohn eines Handwerkers in einer Berliner Eisenbahnwerkstatt 1913 ohne Akkordzuschlag und Stückzeitlohn 38 Pf. und der Höchstlohn 67 Pf., oder im Durchschnitt 52,5 Pf.

Ab 15. März 1925 bezieht derselbe Handwerker in Lohngruppe II, Ortsklasse A und Wirtschaftsgebiet 2 ohne Gedingeüberverdienst und sonstigen Zuschlägen einen Anfangslohn von 56 Pf und einen Höchstlohn nach sechs Jahren von 65 Pf., oder im Durchschnitt 61,14 Pfennig im Jahre 1913 — 100, so bezieht derselbe Handwerker heute bei einem Durchschnitt von 61,14 Pf. Stundenlohn 116,45 Teile. Das ist gegenüber der Lebenshaltungsziffer von 136,7, der man mit ziemlicher Zurückhaltung gegenüberstehen muß, ein Unterschied zum Schaden des Arbeiters von 20,25 gegenüber seinem jeweiligen Friedenseinkommen.

Die Forderungen von 12 Pf. pro Stunde ist deshalb, selbst von diesem Standpunkt aus betrachtet, äußerst niedrig gehalten. Gegenüber der Mehrbelastung des Arbeiterbudgets durch die kommenden Zölle, Steuern und Mietsteigerungen, die für die ersten allein niedrig gerechnet 150 Mark pro Jahr oder 12,50 im Monat, — das sind zirka 10 Prozent bei einem Stundenlohn von 62 Pf. — ausmacht, bedeutet die restlose Bewilligung der Forderung keinen Ausgleich.

Es steht also fest, daß die Löhne weiter hinter den Friedenslöhnen zurückbleiben. Dagegen sind nach amtlichen Mitteilungen die Materialkosten für die Reichsbahn A.-G außerordentlich gestiegen. So stieg z. B. die Ruhrkohle 62 Proz., die oberschlesische Kohle 55 Proz., die niederschlesische Kohle 41 Proz., Schmiersö 53 Proz., Kupfer 100 Proz., Stahlblech, Werkzeugstahl usw. 140 Proz., Rohstähde und Farbe um 200 Proz., Textilien und Leder um 176 Proz über den Friedenspreis.

Es wäre der Reichsbahn A.-G. sehr leicht, die Materialkosten durch Anschluß von Kohlengruben und sonstigen in Frage kommenden Betrieben an die Reichsbahn A.-G. zu verbilligen. Dem steht jedoch der Aufsichtsrat der Reichsbahn A.-G. aus eigenen materiellen Interessen seiner Mitglieder ablehnend gegenüber. Sind doch diese kapitalistischen Aufsichtsratsmitglieder zum großen Teil gleichzeitig die wichtigsten Rohmaterial-Lieferanten für die Reichsbahn A.-G. So ist der Geheime Kommerzienrat Arnold Mitglied von neun Aufsichtsräten großer Betriebe, die sämtlich Lieferanten der Eisenbahnverwaltung sind. Der Geheime Kommerzienrat Klöckner sitzt in 23 Aufsichtsräten von Betrieben, die die Eisenbahnverwaltung mit Schwellen, Schienen, Lokomotiven und Güterwagen versorgt.

Die Wirtschaftslage der Reichsbahn A.-G. ermöglicht die restlose Bewilligung der Forderungen, ohne daß es notwendig wäre, neue Tariflöhne durchzuführen, denn schon im Mai 1924 betrugen die Personentarife in der 4. Klasse 50 Proz., in der 3. Klasse 48,8 Proz., in der 2. Klasse 46,2 Proz. und in der 1. Klasse 33 Proz. mehr als im Jahre 1913. Die geringe Lohnerhöhung von 3 Pf., die im April dieses Jahres durch Schiedsspruch festgelegt wurde, veranlaßte wiederum die Reichsbahn A.-G. sofort ab 1. Mai die Personentarife um 10 Prozent zu erhöhen. Aus den Mehreinnahmen dieser Tariferhöhung verblieb der Reichsbahn A.-G. pro Monat ein Reingewinn von durchschnittlich 6 823 046 Mk. Schon dieser Betrag deckt zum großen Teil die geforderten 12 Pf. pro Stunde.

Die Eisenbahner müssen einheitlich und geschlossen für die restlose Durchsetzung der gestellten Forderungen eintreten und sich auf den offenen Kampf einstellen. **Das Vorgehen der englischen Gewerkschaften gegen die englischen Grubenherren muß ihnen ein lehrreiches Beispiel sein für die anzuwendende Taktik. Es ist nicht die Aufgabe der Gewerkschaften, die Schwierigkeiten der internationalen Kapitalohnhänen, die riesenhafte Profite aus der deutschen Reichsbahn herauszupressen versuchen, zu vermindern, indem sie mit Rücksicht auf die kapitalistische Wirtschaft faule Kompromisse zum Schaden der Arbeiter abschließen.**

Den Eisenbahnern kann es höchst gleichgültig sein, wie der Reichsbahndirektion die Zinszahlungen und die Zahlungen auf das Reparationskonto ermöglicht und die dazu notwendigen Milliarden aufbringt. Sie müssen sich ihrer außerordentlichen Macht bewußt sein und sie rücksichtslos ausnützen, um ihre Existenz gegenüber der Reichsbahn A.-G. zu sichern und durch ihr Beispiel die anderen Arbeitergruppen aufrütteln, ihrerseits mit aller Entschiedenheit für Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit zu kämpfen, um damit den ungeheuerlichen Raubzug der deutschen Schwerindustrie und Großagrarier durch die Zölle und neuen Steuern illusorisch zu machen.

Zur Herbeiführung der einheitlichen Kampffront der Eisenbahner, die zur Erringung des Sieges die Vorbedingung ist, muß jetzt bei Beginn der Lohnbewegung endlich die Vereinigung der noch bestehenden Eisenbahnergruppen mit dem Einheitsverband der Eisenbahner erfolgen. Vor allem müssen alle revolutionären Kräfte sich dem Einheitsverband anschließen, um alle schädlichen reformistischen Maßnahmen durch entschiedenen Kampf für die revolutionäre Führung der Bewegung zu unterbinden.

Boykottbeschluß der englischen Arbeiter

gegen alle Länder mit schlechten Arbeitsbedingungen

Berlin. (Eig. Drahtb.) Wie aus London gemeldet wird, soll der Vorstand der Labour Party beschlossen haben, **die englische Arbeiterschaft zum Boykott aller derjenigen importierten Waren aufzufordern, die in Ländern mit schlechteren Arbeitsbedingungen produziert werden.** Der Beschluß, der hier bisher nur aus bürgerlicher Quelle bekannt ist, richtet sich in erster Linie ausdrücklich gegen die **Schmutzkonkurrenz der deutschen Kapitalisten.** Die englischen Arbeiter wissen sehr gut, daß das deutsche Kapital weit niedrigere Löhne bezahlt und unter weit schlechteren Bedingungen schuften läßt als das imperialistische Ausbeutertum in England. Die englischen Kapitalisten führen umgekehrt gerade mit dem Hinweis auf diese schroffe Ausbeutung in Deutschland die Offensive gegen ihre eigene Arbeiterschaft, gegen Lohn und Arbeitszeit. So wird dem deutschen wie dem englischen Proletariat eingepaukt, daß seine unmittelbaren Lebensinteressen international verflochten und international gleichartig sind.

Wie weiter gemeldet wird, soll der **genannte Boykottbeschluß des Labour Party-Vorstandes der Parteikonferenz im September zur Annahme empfohlen werden.** Es ist sachlich auf alle Fälle klar, daß ein solcher Boykott, selbst wenn er nicht bloß Papier bleiben würde, weder der englischen noch der deutschen Arbeiterschaft etwas nützt. Ein solcher Beschluß hat nichts mit einer klaren proletarischen Stellungnahme zu tun. Er würde die englischen Kapitalisten keineswegs in ihrem Angriff auf Lohn und Arbeitszeit abhalten, sondern ihnen höchstens erlauben, mit Hinweis auf diese Stellungnahme der Macdonald-Leute imperialistischen Schutzzollplänen in England zu betreiben. Ebensowenig könnte ein derartiger Boykott die Lage der deutschen Arbeiter erleichtern oder ihnen gar den Klassenkampf gegen die eigenen Ausbeuter abnehmen. Aber der Beschluß der Macdonald-Leute soll doch auch gar nicht eine ernsthafte Kampfmaßnahme sein. Er soll lediglich vom unausweichlichen sozialen Kampf ablenken und zwischen englischen Arbeitern und englischen Ausbeutern eine „Atmosphäre der Beruhigung" schaffen, was angesichts der gegenwärtigen Lage gar nicht möglich ist.

Die deutsche Reichspresse ist natürlich gegen solche Beschlüsse, da sie ihren Profit bedroht sieht, und versucht die deutschen Arbeiter mit der aus der Kriegszeit her bekannten gegenseitigen Aufhetzung der Arbeiter der verschiedenen Länder zu fangen. Die „Tägliche Rundschau" schreibt:

„Die englische Arbeiterschaft soll doch zuerst ihre eigenen Arbeitgeber zwingen, die sozialen Verhältnisse in England zu verbessern, bevor sie die deutschen Arbeiter aufhetzt."

Dazu muß gesagt werden: Gerade der letzte Erfolg des organisierten englischen Proletariats gegen seine Ausbeuter in Sachen der Löhne und der Arbeitszeit im Bergbau muß die deutsche Arbeiterschaft gegen ihre Ausbeuter zum Lohn- und Arbeitszeitkampf anfeuern.

Die große praktische Lehre ist: **Das organisierte Proletariat in Deutschland muß mit der gesamten internationalen Arbeiterschaft die engste internationale Kampfbrüderschaft eingehen und die Gewerkschaftseinheit mit aller Energie betreiben.** Nur so kann die Basis geschaffen werden für beständige gegenseitige Unterstützung im Klassenkampf um Lohn und Achtstundentag und Sozialpolitik, im Kampf gegen die angeblich targenden Ausbeuter der jeweiligen Vaterländer.

Für Genossen Lanzuzki!

An das Polnische Konsulat in Berlin

Der Bezirksvorstand Halle-Merseburg erhebt im Namen von über 10 000 Mitgliedern den schärfsten Protest gegen die Verurteilung des Genossen Lanzuzki und fordert, diesen Protest der polnischen Regierung weiterzuleiten.

Bezirksvorstand der „Roten Hilfe"
Halle-Merseburg.

An Stanislaus Lanzuzki, Pesct na Sejmm Warszawa, Wiezienie Mokotoskie

Im Namen von über 10 000 Mitgliedern übermittelt der Bezirksvorstand der „Roten Hilfe" Halle-Merseburg Dir und den inhaftierten Klassengenossen die wärmste Sympathie und gelobt, nicht zu ruhen, bis die Freilassung erwirkt ist.

Bezirksvorstand der „Roten Hilfe"
Halle-Merseburg.

Alle Betriebe, Gewerkschaften, Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen müssen diesem Beispiel folgen!

Vor dem Streikabbruch in Schanghai?

(TU.) **London, 8. August.**

Aus Schanghai wird gemeldet, daß der Streik in den japanischen Wollspinnereien **kurz vor dem Abbruch** steht. Zwischen den japanischen Unternehmern, dem japanischen Konsulat und dem chinesischen Fremdenkommissar in Schanghai haben Verhandlungen stattgefunden, die zu einem neuen Arbeitsabkommen geführt haben. Nur der chinesische Provinzgouverneur muß hierzu noch seine Genehmigung geben. Die seit vielen Wochen im Streik befindlichen 50 000 Arbeiter werden dann die Arbeit sofort wieder aufnehmen. Auch der Spinnereiarbeiterverband wird zu dem neuen Abkommen seine Zustimmung geben, nachdem er von der chinesischen Regierung als Gewerkschaft und berechtigte Vertretung der Arbeiterschaft **anerkannt worden ist.** Nach dem Abkommen sollen die Löhne um **zehn Prozent erhöht werden.** Die Unternehmer wollen 100 000 Dollar an die Gewerkschaft zahlen, wenn sie sich für die Aufrechterhaltung des Arbeitsabkommens bereit erklärt. **20 000 Dollar** dieses Betrages sollen sofort an die Familien der während des Streiks getöteten Arbeiter verteilt werden. Durch dieses Abkommen werde nur die japanischen Spinnereien berührt, während die Arbeiter der britischen Spinnereibetriebe weiter im Streik bleiben. **Durch diese Verständigung habe Japan erreicht, daß sich die Bewegung nur noch gegen die Engländer richtet.** Der lediglich aus Europäern bestehende Stadtrat von Schanghai ist jetzt gezwungen, mit den streikenden Arbeitern ein ähnliches Abkommen zu treffen, wenn er nicht völlig ausgeschaltet werden will. **Auch die Seidenarbeiter haben nach einer Lohnaufbesserung von zwei Cents die** Arbeit wieder aufgenommen.

Es bleibt natürlich abzuwarten, ob die chinesischen Arbeiter sich mit dieser immerhin sehr bescheidenen Konzession zufriedengeben werden.

Sozialdemokraten über Georgien

Man müßte jedem ins Gesicht schlagen, der über Georgien weiterlügt

Moskau, 7. August. (Imprekorr.) Die deutsche Delegation ist in Tiflis angekommen, wo sie nach wärmster Begrüßung gruppenweise Betriebe, Fabriken, die Eisenbahnwerkstätten, die Gefängnisse, die Wohlfahrtsinstitutionen und die deutschen Kolonien besichtigte. Die Delegation besuchte den Vorsitzenden des Volkskommissariats Eliava, der sie ausführlich über die Vergangenheit und Gegenwart informierte. Der Delegationsführer Bed erklärte Eliava: „Wir überzeugten uns, daß die kapitalistische Presse über Georgien Lügen verbreitet. Die deutschen Kolonisten erklärten uns, daß die Menschewiki die Interessen der deutschen Kolonisten nicht verteidigten, zur Erleichterung ihrer Lage nichts unternahmen."

Hiernach fand ein Gespräch zwischen der deutschen Delegation und **gewesenen georgischen Menschewiki** statt. Das sozialdemokratische Delegationsmitglied Meile erklärte: „Wir wollen die Wahrheit erfahren. Die deutsche Presse behauptet, daß die Rätemacht die Menschewiki in Georgien physisch ausgerottet hätte, daß in den Sowjetgefängnissen die Lage fürchterlich sei und die Gefangenen schrecklich gefoltert würden. **Wir besichtigten heute die Gefängnisse, sprachen mit den Gefangenen und überzeugten uns von dem Gegenteil.** Alle politischen Gefangenen sind gut genährt und in reinen und hellen Zimmern untergebracht, die man nicht Gefängnisszellen nennen darf. **In Deutschland sind keine solchen Gefängnisse.** Wir sprachen mit den Mitgliedern der „paritätischen Kommission" und schlugen ihnen vor, Amnestiegesuche einzureichen. **Die Führer des Georgienaufstandes antworteten uns:** „Wir verübten mit dem August-Aufstand ein politisches Verbrechen. Wir sind schuldig und verdienten unsere Verurteilung. Nur die Rätemacht ist eine Macht der Arbeiter und Bauern."

Namens der gewesenen Menschewiki antwortete Dzamanaschwili, daß die Politik der Menschewiki unrichtig war. Nach dem August-Aufstand nahmen 90 Prozent der Führer der Menschewiki die Sowjetplattform an. Nur die Rätemacht kann den Wiederaufbau Georgiens bewerkstelligen. Der Eisenbahner Dimitraschwili erklärte: „Wir Menschewiki verstanden nicht die Bedeutung der Oktoberrevolution, bekämpften die Rätemacht, organisierten den August-Aufstand. Wir sahen unsere verhängnisvollen Fehler ein, **werden eine Delegation nach dem Ausland schicken, um die Emigranten und die Menschewiki mit der Lage bekannt zu machen,** sie von der **Zwecklosigkeit des Kampfes gegen die** Rätemacht zu überzeugen."

Abends fand eine großartige Massendemonstration mit Teilnahme der deutschen Delegation statt. „Eine solche Demonstration mit solcher Begeisterung **kann man nicht inszenieren,"** erklärte das Delegationsmitglied Beck. **„Man müßte jeden ins Gesicht schlagen, der über Georgien weiterlügt."**

Weitere 33 Todesurteile in Bulgarien

Weitere zwölf Urteile beantragt

Wien, 8. August.

Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse" aus Sofia wurde gestern das Urteil im Prozeß von Varna gegen 119 „Verschwörer" gefällt. 33 Angeklagte wurden zum Tode durch den Strang, 77 zu Kerkerstrafen verurteilt und neun Angeklagte wurden freigesprochen.

Abenteuer einer Dame

25 Von **Marietta Schaginian**

Diese Schreibmaschinistin hieß Raitschka. Sie war dadurch bemerkenswert, daß sie unmäßig laut seufzte, wobei ihre Korsettstangen knarrten. Sie hatte ein blasses, ungesundes, gepudertes Gesicht, rot gefärbte Lippen, eine hochstehende Lockenfrisur mit einem etwas schmutzigen Band, das den Kopf und die Stirn einfaßte. Groß, üppig, breitknochig, ewig hungrig, mit gierigen, blauen Augen und gedunsenen Lippen hatte sie eine Menge Verehrer in unserer Kanzlei und in der Stadt. Als ich ihre List entdeckt hatte, legte ich alle meine Schriftstücke auf ihr Tischchen und hörte ganz auf, Besmenows Zimmer zu betreten.

Ich tat das mit einem peinlichen Gefühl, das zu analysieren ich keine Zeit hatte. In unserem primitiven Leben war der Gang zu dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees und die paar Sekunden, die wir an seinem Tisch stehenblieben, ein festliches Ereignis. So empfand es das ganze weibliche Personal des Exekutivkomitees, und auch mich überkam allmählich diese Empfindung. Ich glaube nicht, daß wir alle in jeden Vorsitzenden verliebt waren, obwohl ich mich später davon überzeugen konnte, daß dies eine verbreitete Krankheit unter den Schreibmaschinistinnen ist. Wir kamen uns vielmehr wie gemeine Soldaten vor, die vom Oberstkommandierenden empfangen werden. Jede konnte sich bei dieser Gelegenheit auszeichnen, und jede wollte das. Die eine versuchte es durch ihre Anstelligkeit, durch den musterhaften Zustand der Schriftstücke, durch die Fähigkeit, das passende Wort im passenden Augenblick zu finden, wenn sie ihre Papiere überreichte; die andere durch den Duft von Parfüm und Puder, durch ihre Frisur, ihre seidene Bluse; die dritte durch ihre Unnahbarkeit, denn viele Schreibmaschinistinnen benahmen sich wie Prinzessinnen und machten dadurch einen starken Eindruck.

Wenn wir das Arbeitszimmer des Vorsitzenden betraten, hörten wir manchmal etwas von den Gesprächen, die dort geführt wurden. Gewöhnlich gab unser Eintritt dem Vorsitzenden die günstige Gelegenheit, den Besucher zum Gehen zu veranlassen oder seinen Redeschwall zu unterbrechen. Der Vorsitzende vertiefte sich sofort in unsere Papiere, besprach einige Punkte mit uns und klopfte dabei mit dem Bleistift auf den Tisch. War kein Besucher da, dann wurden oft auch scherzhafte Fragen an uns gestellt, auf die jede in ihrer Art antwortete. Genosse Besmenow aber tat das nicht. Gewöhnlich saß er gar nicht, sondern stand, ein Knie auf den Stuhl gestützt. Seine Art, einen auszufragen, war stets überraschend und blitzartig. Er ging sparsam mit jeder Minute Zeit um. Doch manchmal überfiel ihn eine entsetzliche Apathie, und dann durfte man sich in seine Arbeit einmischen. Dann hörte er einen aufmerksam an, beriet sich mit einem über jede Kleinigkeit und war unentschlossen. Diese Augenblicke jener Gehirnmüdigkeit waren mir die liebsten; in solchen Augenblicken konnte ich ihm furchtlos alles sagen, was ich auf dem Herzen hatte.

Einmal, als er zögerte, ein Schriftstück zu unterschreiben, das einem Telegraphenkommando die Berechtigung erteilte, die Räume, die einer technischen Schule gehörten, zu beziehen, sagte ich zu ihm:

„Genosse Besmenow, Sie sind ein Mann, der Geist, Herz und Willen besitzt. Ist es für Sie nicht entsetzlich, Tag und Nacht in diesen nichtigen Angelegenheiten aufzugehen? Sie tun ja dasselbe, was ein Straßenbahnschaffner tut. Darf man denn sein Leben ununterbrochen darauf verschwenden, Fahrscheine abzureißen?"

„Wollen Sie gefälligst hier nicht Konterrevolution machen," lachte er. „Kehren wir zur Tagesordnung zurück. Sollen wir den Einzug in die Schule zulassen? Was meinen Sie?"

„Die Schule wird vom Staat unterstützt. Die Ernährungsabteilung weiß ihr alles Notwendige zu, die Lehrer bekommen Lebensmittelrationen und Gehalt; es wird aber vorläufig noch nichts Richtiges gelehrt, und so wird es wohl noch zwei Jahre gehen. Das Telegraphenkommando aber, das mit den Truppen geht, ist, kampiert unter freiem Himmel."

Er dachte einige Augenblicke nach und unterschrieb das Papier.

„Man nennt uns Barbaren. Aber unsere große Sünde ist, daß wir uns zuviel Mühe geben, als Kulturmenschen dazustehen, daß wir heucheln. Wir unterstützen das, was für den Augenblick wertlos ist, wir setzen eine Menge Phantome in die Welt."

Ich ergab mich nicht und kehrte zu meinem Thema zurück.

„Die besten Männer sitzen jetzt wie Sie an Kanzleitischen und versinken in Schriftstücken. Darum werden Sie auch so müde, weil dies nicht Ihre Sache ist. Wenn Sie einen Ihnen entsprechenden Platz gefunden hätten, wären Sie nicht so verwüstet."

„Sie verstehen gar nichts. Dieses Arbeitszimmer ist ein Steuer. Wir geben die Richtung an. Wenn wir uns jetzt wissenschaftlichen Dissertationen oder dem Cellospiel hingeben wollten, ginge Rußland unter."

Solche Gespräche füllten mein Leben etwas aus. Mich bedrückte die Unmenge unmittelbarer Tatsachen, der Mangel an einem allgemeinen Sinn, an jeglicher Perspektive. Früher konnte ich, wenn auch abseits stehend, das allgemeine Schema der Revolution beobachten. Ein Mensch wie der Kammerherr, der ihr so fern stand, brachte mir das Bewußtsein der Epoche, den Blick für die Zukunft im weitesten Maßstabe bei. Beim kommunistischen Samstag hatte ich mich als Teilnehmerin am elementaren Schaffen der Massen gefühlt. Hier aber war ich in einen Korridor des Alltags, in das fernste Hinterland der Revolution geraten und konnte nichts mehr unterscheiden als Schriftstücke. Alles erschien mir kleinlich, flach, in alltäglicher Weise betriebsam, unendlich subjektiv und willkürlich. Jegt man ungeschickt ein Zimmer auf, dann werden alle Gegenstände darin mit Staub bedeckt — so war es auch hier.

Raitschka raubte mir die Möglichkeit solcher Gespräche. Nach ihr und ihrer Art, ins Arbeitszimmer einzudringen, konnte ich mich selbst beurteilen. Irgend etwas Gemeines hatte sich zu der Einfachheit meiner Beziehungen zu Besmenow hinzugesellt, darum stellte ich meine Gänge in sein Zimmer ein. Meine Nachbarin, die mir deshalb dankbar war, lud mich plötzlich ein, am Sonntag zu ihr zu kommen. Sonntags saß ich in meinem Zimmer, schrieb Wassilij Petrowitsch Verse ab und wartete auf mein erstes Gehalt, um den Kammerherrn zu besuchen. Deshalb kam mir ein Besuch bei Raitschka wie eine Zerstreuung vor.

Sie lebte in der ersten Etage eines sehr großen, aber fast leeren Hauses. Ihre Mutter, einst eine reiche Kaufmannsfrau, war jetzt gänzlich ruiniert. Die üppige Alte, völlig zahnlos, aber gepudert wie die Tochter, lud mich ein, an dem Tisch Platz zu nehmen, an dem sie Karten legte. Ich erwartete, wie bei Faina Wassiljewna, Klagen über die Bolschewiki zu hören. Aber nichts dergleichen. Sie hatte sich restlos in die neuen Verhältnisse hineingefunden. Sie sprach davon, welche Nation dieser oder jener bekam, wo ein anderer diente, welche Verbindungen dieser oder jener hatte. Sie interessierte sich lebhaft für die Zivilehe und erzählte mir einige Geschichten, in denen Sekretärinnen von ihrem Abteilungsleiter geheiratet wurden.

„Ja, die Freundin meiner Raitschka, Antonina Prihytkowa, hat eine solche Partie gemacht. Und kann sich doch mit ihrem Aeußeren nicht neben meiner Tochter zeigen. Zuerst war sie Schreibmaschinenfräulein, dann wurde sie Sekretärin; der Abteilungsleiter war aber ein einfacher Arbeiter, der sich mit Büchermeisheit vollgepumpt hatte. Sie kriegte ihn so herum, daß er halb wahnsinnig wurde. Tag und Nacht lief er ihr nach, magerte ab, hörte auf zu trinken. Sie zierte sich eine Weile und nahm ihn dann. Was glauben Sie, was die alles von der Wohnungsabteilung zugewiesen erhielten? Einen Albernen Samowar, einen Primus-Kocher, Kissen, Decken, Kleidung, Wäsche! Das nenne ich klug sein!"

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250810-18/fragment/page=0003

Versammlungen der KPD.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Bezirksleitungssitzung Montag, 10. August, abends 6½ Uhr, im Bureau der Bezirksleitung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Achtung, Funktionäre. Die herausgegebenen Registrier-Fragebogen sind vom Zehnerschaftskassierer selbst gewissenhaft auszufüllen.

Diskrift 8. Montag abend 6 Uhr treffen sich alle Genossen auf dem Johannesplatz.

Diskrift 9a. Diskriftsversammlung Dienstag abend 8 Uhr in Loeks Hof (Freundlieb).

Diskrift 17. Diskriftsversammlung Donnerstag, 13. August, „Eiche", Körnerstraße.

Dieskau-Canena-Zwintschöna-Kleinkugel-Bruckdorf. Sitzung aller kommunistischen Gemeindevertreter des Arbeitsgebietes Donnerstag, 13. August, abends 8 Uhr, in Zwintschöna im Lokal Horn.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Biehla-Elsterwerda-Kreuzlütz. Mitgliederversammlung Dienstag, 11. August, abends 8 Uhr, im Parteilokal.

Hohenleipisch. Mitgliederversammlung Mittwoch, 12. August, 8 Uhr, im Parteilokal.

Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld

Bredna-Roitzsch. Mitgliederversammlung Dienstag, 11. August, abends 8 Uhr, in Bredna in der „Erholung".

Wittenberg. Mitgliederversammlung Dienstag, 11. August, 8 Uhr, bei Freudenberg.

Riemegk. Mitgliederversammlung Mittwoch, 12. August, 8 Uhr, im Parteilokal.

Düben. Mitgliederversammlung Mittwoch, 12. August, 8 Uhr, im „Schützenhaus".

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Crossen-Haussburg-Wetterzeube-Breitenbach. Mitgliederversammlung Dienstag, den 11. August, abends 8 Uhr, im Gasthof Jantsch.

Kretzschau-Droyßig. Mitgliederversammlung Mittwoch, 12. August, abends 8 Uhr, in Kretzschau im Gasthof Tepel.

Empfehlenswerte Literatur
der
Bezirks-Zentralbuchhandlung
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

N. Lenin: **Die Kinderkrankheit des „Radikalismus" im Kommunismus** mit Einleitung und Erläuterung versehen von Maslow ..... brosch. 1,00
– **Ausgewählte Werke,** Sammelband brosch. 6,00 geb. 8,00
Rußland. Offizieller Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation 2,70
Die Internationale, Nr. 7 0,50
Ueber die Bolschewisierung der Parteien der K.J., 2. Ergänzungsheft zur Internationale 0,30
Warum Arbeiterdelegation? ..... brosch. 0,10
Die deutschen Gewerkschaften und der Kampf um die Einheit von Heckert 0,30
Brupbacher: **Kinderjegen, Fruchtverhütung, Fruchtabtreibung** 0,50
Kilian: **Warum die Kirschbäume in Mansfeld im Herbst blutrote Blätter haben.** Bilder aus der Geschichte des Mansfelder Landes 0,50

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Julia-Abrechnungen. Alle rückständigen Ortsgruppen werden aufgefordert, sofort die Juli-Abrechnung einzusenden. Der letzte im Monat ist Abrechnungstermin. Die Gauleitung.

Ortsgruppe Halle

Abteilung 2. Montag, den 10. August, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette", Abteilungsversammlung. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Dienstag, 11. August, 8 Uhr, im „Tivoli", außerordentliche Mitgliederversammlung. Karten sind mitzubringen. Vertreter der Gauleitung anwesend.

Die Ortsgruppen Langendorf, Goseck, Granschütz und Kretzschau haben geschlossen am Dienstag, 11. August, an der Versammlung in Weißenfels teilzunehmen.

Teuchern. Dienstag, 11. August, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum", außerordentl. Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Osterfeld. Die Ortsgruppe nimmt am Dienstag, den 11. August, geschlossen an der Versammlung in Teuchern teil.

Hohenmölsen. Mittwoch, 12. August, abends 8 Uhr, im Lokal Otto Rupsch, außerordentliche Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Dienstag, 11. August, abends 8 Uhr, in der „Herberge", außerordentliche Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Zeitz. Der Pflichtausmarsch am Mittwoch, dem 12. August, fällt aus.

Zeitz, Jungturm. Mittwoch, 12. August, 8 Uhr, „Herberge", Pflichtversammlung.

Zeitz. Donnerstag, 13. August, pünktlich 5½ Uhr, Antreten am Sammelplatz Altmarkt zur Kranzniederlegung für die August-Gefallenen.

Die Ortsgruppen Kesburg, Kretzschau und Droyßig haben geschlossen an der Versammlung am Dienstag, dem 11. August, in Zeitz teilzunehmen.

Theißen. Mittwoch, 12. August, abends 8 Uhr, im „Blauen Stern", außerordentl. Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Die Ortsgruppen Treben und Naundorf bei Teuben haben am Mittwoch, dem 12. August, an der Versammlung in Treben bestimmt geschlossen teilzunehmen.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag, 11. August, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus", außerordentliche Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Die Ortsgruppen Bredna, Holzweißig, Roitzsch, Ramsin, Wolfen, Landsberg, Gräfenhainichen, Jehlitzschau, Zschornewitz, Raguhn, Radegast, Friedersdorf und Schmiedsal haben unbedingt am Dienstag, 11. August, an der Versammlung in Bitterfeld teilzunehmen oder Vertreter zu entsenden.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Dienstag, 11. August, Urlaubsstunde des Spielmannszuges.

Schkeuditz. Dienstag, 11. August, abends 8 Uhr, im „Bahnhofshof", außerordentl. Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Die Ortsgruppen Gleißen, Freiroda und Ermlitz haben sich der Wichtigkeit halber geschlossen am Dienstag, 11. August, an der Versammlung in Schkeuditz zu beteiligen oder Vertreter zu entsenden.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Dienstag, 11. August, pünktlich 7½ Uhr, im „Lindenhof", außerordentl. Mitgliederversammlung. Gauvertreter ist anwesend. Mitgliedskarten mitbringen.

Eythra. Die gesamte Ortsgruppe hat sich geschlossen am Dienstag, 11. August, in Delitzsch an der Versammlung zu beteiligen.

Zschorlau. Am Dienstag, dem 11. August, beteiligen sich alle Kameraden an der Versammlung in Delitzsch.

Unterbezirk Eilenburg

Eilenburg. Mittwoch, 12. August, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus", außerordentl. Mitgliederversammlung. Ein Gauleitungsmitglied ist anwesend.

Die Ortsgruppen Düben, Strella und Pressen haben sich geschlossen am Mittwoch, 12. August, an der Versammlung in Eilenburg zu beteiligen.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 12. August, abends 8 Uhr, bei Freudenberg, außerordentl. Versammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Piesteritz. Mittwoch, 12. August, beteiligt sich die Ortsgruppe geschlossen an der Versammlung in Wittenberg.

Versammlungen der Roten Hilfe

Delitzsch. Montag, 10. August, abends ½8 Uhr, im „Lindenhof", Funktionärsitzung.

Nimmendorf. Dienstag, 11. August, abends 8 Uhr, im „Elsterial", Versammlung.

Allgemeiner Konsumverein Halle und Umgeg., eGmbH.

Wir empfehlen den Mitgliedern
2395 **unser reichhaltiges**
Kohlenlager,
sowie Salinen-Grude
Holz gesägt . . . per Ztr. 2,40
Bündelholz 0,20
1 Meter lang per Ztr. 2,00
Kohlen werden jedes Quantum frei Haus geliefert

Jung. Boxer, 11 Woch. alt, hirschrot, wh. Brust, a. Sonnabd. nachm. ½2 Uhr v. jg. Mädch. i. blaugeblümtem Kleid in Ulrichstr. b. Loewendahl mitgen. Geg. Belohn. abzug. Andernf. Anzeige erf. V. Ank. w. gewarnt. Gr. Ulrichstr. 63, 1. b. Mia.

Gummi-, Loden-, Übergangs-Mäntel
Kleine Anzahlung
Wochen-Rate von 1 Mk. an
S. Neumann
Alter Markt 30

Weißenfels.
Prima fettes Fleisch
sowie
Rauchfleisch
Zervelatwurst
Blockwurst
und andere
Wurstsorten
in bekannt. Güte
empfehlen 1248
Gebr. Keßler,
Inh.: Karl Kehler
Marienstr. 21

Speiseöl
Pfund 90 ₰
Himbeersaft
Pfund 80 ₰
Blod-Schmalz
Margarine
Merkel
Zeitz
Roßmarkt 7
1235

Druck sachen
Alle Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Druckerei Buch- und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. — Besichtigen Sie Proben und den Besuch unserer Werkstätten.

WALHALLA
Dir.: Adolf Vogel Tel. 8385
*2442 **Das gesamte Eröffnungs-Programm unwiderruflich** nur bis **Sonnabend, d. 15.** d. M.
Gesamt-Urteil seitens Presse und Publikum:
Ein Erfolg wie in Halle nie dagewesen!
Anfang 7¾ Uhr **Platzpreise 0,60, – 4,50**
Vorverk.: Ab 11 Uhr a. d. Kasse ununterbroch.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß Sie bei uns auch bei
40 Grad Hitze täglich
blutfrische Seefische
2443 erhalten.
Durch **Fisch-Sonderzüge** werden die Fische so **schnell** befördert, daß dieselben nur während der **kühleren Nachtstunden** unterwegs sind.
Für Dienstag bieten wir an in blutfrischer Qualität und stammfester Eispackung:
Seelachs, ohne Kopf . Pfd. 22 ₰
Kabeljau . . . . . Pfd. 28 ₰
Karbonaden, brasiert. Pfd. 45 ₰
ab 11 Uhr,
Goldbarsch o. Kopf . Pfd. 22 ₰
Rotzungen,
Austernfisch . . . . Pfd. 70 ₰
Geräuch. delik. Makrelen Pfd. 80 ₰
Nordsee
Gr. Ulrichstr. 50 Tel. 1274, 1275, 2705

Bekanntmachung

Die gemeinnützige Siedlung Eigenheim Wittenberg beabsichtigt auf dem Grundstück Gemarkung Rothemark, Kartenblatt 1, Parzellen Nr. 147/61 und 358/66, zwischen dem Reinsdorfer und dem Neumühlenweg gelegen, 30 Stück Siedlungshäuser zu errichten und hat sie gemäß § 13 des Gesetzes vom 25. Aug 1876/10. August 1904 erforderliche Ansiedlungsgenehmigung beantragt.

Gemäß § 16 a. a. O. wird dieser Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß gegen denselben von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen bei der Genehmigungsbehörde, dem Kreisausschuß zu Torgau, Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch durch Tatsachen begründet wird, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedlung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- oder Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährden werde.

Piesteritz, den 7. August 1925

Der Gemeindevorsteher
Kunz 1268

Empfehle allen Genossen und Genossinnen meinen
Herren- u. Damen-Frisiersalon
Gute und schnelle Bedienung zugesichert
Rich. Kutschbauch, Gr. Klausstr. 7

Werbt für d. Klassenkampf

Zeitungsträger
für **Roßla a. Harz** gesucht.
Meldungen bei **K. Braumann,** Hallesche Straße 22

Zeitungsträger
für **Röglitz** per sofort gesucht.
Meldungen Verlag Klassenkampf, Lerchenfeldstraße 14

Achtung! Bitterfeld Achtung!
Auf jede Reparatur kann gewartet werden
Sohlen und Absätze in 30 Minuten
genäht 1226 **genagelt**
Nur ia. Material Stets die billigsten Preise
Schuhreparatur-Großbetrieb
Dessau Roßlau Bitterfeld Raiswall 12

Parteischriften
empfiehlt **Volksbuchhandlung.**

Volkspark
Morgen, Dienstag, abends ½8 Uhr:
15. Sommerkonzert

Von 25 Mk. an Anzahlung
3.— Mk. wöchentliche Abzahlung
und Sie erhalten eine 2437
Qualitäts- **Maschine**
„ADLER" „KAYSER" „VESTA"
Nähmaschinen- und Fahrrad-Gross-Vertrieb
K. Möller ★ **Schmeerstraße 1**
Gegr. 1891 — Tel. 6323

Eichhörnchen zu kaufen gesucht **Witte,** Grafenweg 3

Weißenfels 1233
Am Saalestrand
Morgen
Schlachtefest
Emil Illig.

Drell
1267 für **Frontkämpfer**
1,35
Kaufh. Lutherstr. 14
Eisleben

Die gute
6 Pf.-Zigarre
bekommt man bei 1105
Hugo Thomas
Zigarrenfabrik
Merseburg
Delgrube 5

Für jeden Kraftfahrer unentbehrlich:
Volckmanns Kraftfahrer-Bibliothek
Bd. 1. **Der Automobilmotor u. seine Bestandteile** v. Ing. C. W. Vogelsang, 3. Aufl. Kart. . . M. 3.—
„ 2. **Der Kraftwagen, seine Bedienung und Pflege** v. Dipl.-Ing. Hessler, 2. Aufl. „ . . M. 3.—
„ 3. **Das Motorrad, sein Bau u. seine Behandlung** v. Ing. C. W. Vogelsang, 5. Aufl. Leinenbd. M. 3.50
„ 4. **Die Kraftfahrschule in Frage und Antwort** von Dipl.-Ing. Hessler, 3. Aufl. Kart. . . M. 3.—
„ 5. **Autohandbuch: Bau, Handhabung u. Reparaturen** v. Ing. R. Thebis, 2. Aufl. „ . . M. 8.—
„ 8. **Leicht-Motorräder** von Ingenieur C. W. Vogelsang . . . . . Kart. . . M. 3.—
„ 9. **Der Motorradfahrer** von Ingenieur R. Thebis . . . . . „ . . M. 3.—
„ 10. **Das Klein-Auto für den Selbstfahrer** von Ingenieur R. Hofmann . . . . Leinenbd. M. 3.50
„ 11. **Lastkraftwagen und Nutzfahrzeuge** von Ingenieur R. Hofmann . . . . „ M. 5.—
„ 12. **Reparaturen am Motorrad** von Ing. R. Thebis . . . . . „ M. 8.50
Sämtliche Bände sind reich illustriert
Zu beziehen durch:
Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44

Spendet für die „Rote Hilfe"

Ich hatte drei Hühneraugen

aus denen man sechs machen konnte. Nach Anwendung von Kukirol ließ ich wie ein Riesig, ließ bei der Kundschaft jeder Konkurrenz den Rang ab, weil ich jeden Kunden selbst besuchen konnte, und verdiente dadurch so viel, daß ich mir die Villa, deren Abbildung hier beiliegt, an einem See bauen konnte. Zur Nachahmung empfohlen!
Architekt Oskar Fischer, Kiel.

So schreibt ein Kukirol-Verehrer, der das vielmillionenfach bewährte Kukirol-Hühneraugen-Pflaster (Preis 75 Pfg.) mit Verstand und Vertrauen benutzte. Es entfernt Hühneraugen, selbst wenn sie riesengroß und steinhartsind, schmerzlos und unblutig in wenigen Tagen.

Ein anderer Käufer berichtet, daß er bei den Damen absolut kein Glück hatte. Seine guten Charaktereigenschaften wurden anerkannt, er war ein hübscher Bursche, hatte sein gutes Auskommen, außerdem aber hatte er Schweißfüße. Durch regelmäßige Anwendung von Kukirol-Streupuder (Blechdose 1 Mark) und Kukirol-Fußbad (Doppelpackung 50 Pfg.) wurde nicht nur dieses Uebel beseitigt, sondern auch das unangenehme Brennen und Wundlaufen.

Während er vorher einen häßlichen schlürfenden Gang hatte, wie ein alter Mann, weat er jetzt fest und selbstbewußt auf, denn das Kukirol-Fußbad kräftigt Nerven und Sehnen, und man merkt erst, wenn man es benutzt, wie sehr schmerzende Füße die Energie lähmen.

Wie dieser Käufer sein junges Eheglück dem Kukirolen verdankt, so verdanken ihm andere ihr besseres Vorwärtskommen, ihre erhöhte Lebensfreude.

Kukirolen Sie!

Für Alle, die viel gehen und stehen müssen, für Touristen und Sportsleute, für Alle, die sich zu wenig Bewegung machen, weil sie zu schnell ermüden, gibt es nichts Besseres!

Die Wichtigkeit der Fußpflege wird von Aerzten allgemein betont.

Wollen Sie ein Kukirol-Präparat zunächst mit der geringsten Ausgabe versuchen, so kaufen Sie eine Probepackung Kukirol-Fußbad für 30 Pfg. Am vorteilhaftesten aber kaufen Sie gleich die ganze Kukirol-Kur-Packung, die alle drei Kukirol-Präparate enthält und nur 2 Mark kostet. Sie sparen beim Einkauf der Kukirol-Kur-Packung 25 Pfg.

Jede Apotheke und Drogerie führt die echten Kukirol-Präparate. Hat sie eine zufällig nicht, dann die nächste bestimmt.

Hüten Sie sich vor schlechten Nachahmungen! Beachten Sie den Namen Kukirol und die Schutzmarke Hahnenkopf mit Fuß.

Wichtige Aufklärungen über die Notwendigkeit der Fußpflege erteilt Ihnen unsere neue Druckschrift, die wir Ihnen auf Verlangen kostenlos und portofrei zusenden.

Kukirol-Fabrik Kurt Krisp, Groß-Salze bei Magdeburg
Fabrik: Kukirolstraße. Verwaltungsgebäude: Reichsbahnstraße.

Unsere Trägerinnen kassieren in diesen Tagen und bitten wir daher, den Betrag bereitzulegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250810-18/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Konferenz der Arbeiter in der chemischen Industrie

(Von unserem Wiener Mitarbeiter)

Vom 27. bis 30. Juli tagte in Wien die internationale Berufskonferenz der chemischen Arbeiter und beschäftigte sich mit den **Arbeitsverhältnissen und Gesundheitsgefahren in der chemischen Industrie.** Die Konferenz sollte ursprünglich in Bern stattfinden. Verschiedene ausländische Verbände der Fabrikarbeiter-Internationale hatten die Einladung der russischen Verbände gewünscht. Stenhuis von der Fabrikarbeiter-Internationale war damit einverstanden. Er kam auch dem Wunsche der Russen entgegen, die Konferenz nach Wien zu verlegen, weil sie wegen der Ermordung von Worowski die Schweiz boykottieren.

Auf der Konferenz **beantragten die russischen Genossen die Aufnahme ihres Chemie-Verbandes** mit 180 000 Mitgliedern in die Fabrikarbeiter-Internationale. Das wurde **abgelehnt** mit der Begründung, die Konferenz sei nur ein Teil der Fabrikarbeiter-Internationale und nicht kompetent, für die Gesamtorganisation Beschlüsse zu fassen. Ferner wurde von der gleichen Delegation gewünscht, die Frage der Kriegsgefahr und ihre Abwehr auf die Tagesordnung zu setzen. Auch dieses wurde abgelehnt. Um aber doch zur Stärkung der internationalen Klassenfront gegen die Offensive des Kapitals beitragen zu können, unterbreiteten die russischen Genossen dann den Vorschlag, aus Chemieverbänden von Rußland, England, Frankreich und Tschechoslowakei, die außer Rußland nicht zur Konferenz eingeladen waren, **eine Kommission** zu bilden, die bis zur Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit aufs engste mit dem Sekretariat der Fabrikarbeiter-Internationale zusammenarbeiten sollte. Darauf wurde in dem Sinne geantwortet, das sei überflüssig, wenn die altrussischen Gewerkschaftsverbände in die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale aufgenommen würden.

Hält man sich das **entgegenkommende Verhalten von Stenhuis bei der Einladung** der russischen Genossen vor Augen, dann mutet die **ablehnende Haltung** der Konferenz zu den Vorschlägen der russischen Delegierten **sehr sonderbar** an. Man gewinnt den Eindruck, daß innerhalb der Fabrikarbeiter-Internationale einflußreiche Verbände sind, die von einer Aufnahme der russischen Verbände nichts wissen wollen. Es ist anzunehmen, daß der größte Widerstand von dem deutschen Fabrikarbeiterverband ausgeht. Denn bezeichnend dafür war das Schlußwort des deutschen Referenten Haupt, der Mitglied des Hauptvorstandes des Fabrikarbeiterverbandes ist, der glaubte, eine Kommunistenhetze machen zu müssen.

Sehr interessant für deutsche Arbeiter sind die **Angaben über die Löhne und Arbeitsverhältnisse in der chemischen Industrie der europäischen Länder.** Nach dem Valutawert werden in England die höchsten Löhne gezahlt. Dann folgen Dänemark, Norwegen, Amerika, Schweiz, Holland, Belgien, Deutschland und Oesterreich. Deutschland steht also an vorletzter Stelle.

Die Spitzenlöhne der Chemiearbeiter in Deutschland erreichen noch nicht einmal die Mindestlöhne in Belgien.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Sowjet-Rußland wußte der deutsche Referent Haupt bezeichnenderweise nichts zu sagen.

Er gab eine Uebersicht darüber, was die Arbeiter in der chemischen Industrie in den verschiedenen Ländern für einen Stundenlohn kaufen können. So erhält der Arbeiter in England für einen Stundenlohn 6000 Gramm Brot oder 250 Gramm Butter, **in Deutschland nur 1600 Gramm Brot oder 166 Gramm Butter** und in Oesterreich 1300 Gramm Brot oder 130 Gramm Butter. Von der russischen Delegation wurde berichtet, daß der chemische Arbeiter für einen Stundenlohn 3200 Gramm Brot oder 200 Gramm Butter kaufen kann.

Nach den Angaben des Referenten sind 700 000 Arbeiter in der chemischen Industrie in Europa beschäftigt, davon allein rund **400 000 in Deutschland.** Demnach verdient die Mehrzahl der chemischen Arbeiter in Europa weniger als die Arbeiter in Sowjet-Rußland, auf das die deutschen Gewerkschaftsführer mit Verachtung herabblicken zu können glauben. Es ist kein Wunder, daß die chemischen Arbeiter in den verschiedenen kapitalistischen Ländern unter der deutschen Schmutzkonkurrenz der Farbenkönige zu leiden haben. Es ist den reformistischen Gewerkschaftsführern in Deutschland ernstlich zu empfehlen, daß sie ihren Kampfeseifer gegen die Kommunisten endlich gegen die Kapitalisten wenden.

Zu den beiden Tagesordnungspunkten wurden zwei Resolutionen angenommen. In der Resolution zur Lohnfrage wird von den beteiligten Gewerkschaften das **aktive Eintreten für die Minimallöhne** verlangt. Zur Frage der Berufsgefahren wurde nachstehende Resolution angenommen, für deren Erfüllung und Durchführung sich alle Genossen aktiv einsetzen müssen:

„Die Berufskonferenz für die chemische Industrie stellt fest, daß die Arbeiter dieser Industrie durch die Arbeitsstoffe in ihrer Gesundheit stark gefährdet werden. Die langsame Einwirkung der chemischen Gifte führt häufig zu vollständigem Siechtum und frühem Tod.

Die Unternehmer weigern sich häufig, die möglichen Schutzeinrichtungen anzubringen, weil sie Geld kosten. Aus diesen Gründen wird den in Frage kommenden Arbeiterorganisationen empfohlen, in allen Ländern folgende Forderungen zu stellen und für deren Durchführung einzutreten:

1. a) **Erlaß von Schutzbestimmungen für die Arbeiter der chemischen Industrie.**
   b) **Zwangsweise Einführung aller bekannten Schutzmaßnahmen an die chemische Apparatur,**
   Unentgeltliche Lieferung von Arbeitskleidern in Säure-, Farbenbetrieben und wo ein starker Verschleiß zu verzeichnen ist. Unentgeltliche Reinigung der Arbeitskleider.
   c) **Ueberwachung der Schutzvorschriften durch staatliche Beamte (Gewerbeaufsichtsbeamte und Aerzte) unter Heranziehung von Vertrauensleuten der in Frage kommenden Arbeiterorganisationen oder der Arbeiter des Betriebs.**
   d) **Belehrung der Arbeiter während der Arbeitszeit über die Gefahren der chemischen Stoffe.**
2. a) **Gesetzliche Festlegung eines Maximalarbeitstages von acht Stunden für alle Arbeiter der chemischen Industrie.**
   b) **Festlegung eines kürzeren Maximalarbeitstages an gefährlichen Arbeitsplätzen.**
   c) **Verbot der Akkord- und Prämienarbeit bei Arbeiten mit giftigen, feuer- oder explosionsgefährlichen Stoffen.**
   d) **Verbot der Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Personen bei Herstellung oder Verarbeitung giftiger Stoffe.**
   e) **Periodische ärztliche Untersuchung der Arbeiter, die mit Giftstoffen hantieren.**
   f) **Gewährung eines die Gefährlichkeit und der Beschäftigungsdauer der Arbeiter entsprechenden, jährlich wiederkehrenden Urlaubs.**
3. a) **Führung von Krankheitsstatistiken unter Mitwirkung und Kontrolle der Arbeiter.**
   b) **Unabhängige Stellung des Kassenarztes von der Betriebsleitung.**
   c) **Gleichstellung der Berufskrankheit mit den Berufsunfällen.**
4. **Bei Schichtarbeit in durchgehenden Betrieben ist den Arbeitern, die Sonntags arbeiten müssen, eine Ruhepause von sechsunddreißig Stunden und für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtage eine Pause von 60 Stunden in derselben Woche zu gewähren.**
5. **In solchen Fabrikabteilungen, wo im Produktionsprozeß giftige Stoffe, die die Gesundheit der Arbeiter gefährden, erzeugt werden, müssen die Arbeiter von der Unternehmung unentgeltlich neutralisierende Mittel erhalten.“**

Zu dieser Resolution wurden von den **russischen Genossen zwei Vorschläge** unterbreitet und zwar verlangten sie die 45stündige Arbeitswoche und eine Urlaubszeit von zwei Wochen bis einem Monat. Beide Vorschläge wurden dem Sinne nach in die Resolution aufgenommen.

Von allen Gewerkschaftskollegen in Deutschland muß dafür gesorgt werden, daß die Beschlüsse dieser Tagung in die Tat umgesetzt werden.

Lohnbewegung im Handels- und Transportgewerbe Halle

Der Deutsche Verkehrsbund teilt mit:

Am Freitag, dem 7. August, fanden vor dem Schlichtungsausschuß die Lohnverhandlungen für die im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeitnehmer statt. Die Arbeitgeber hatten freie Verhandlungen abgelehnt, so daß der Deutsche Verkehrsbund sich gezwungen sah, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Dieser hat nunmehr in stundenlanger Verhandlung mit Mehrheit einen Schiedsspruch gefällt, welcher für die Zeit ab 1. August bis 30. November eine Lohnerhöhung von 10 Prozent vorsieht. Wenn auch der Schiedsspruch keineswegs den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeitnehmer Rechnung trägt, so haben die Arbeitgeber jedoch bereits durchblicken lassen, daß sie auch diesen an sich sehr niedrigen Schiedsspruch trotzdem ablehnen werden.

Beide Parteien haben sich Bedenkzeit bis zum Mittwochvormittag vorbehalten.

Am Dienstag, dem 11. August, abends ½8 Uhr, findet im „Volkspark“ eine allgemeine Funktionärsitzung aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeitnehmer statt, in welcher diese über Annahme und Ablehnung entscheiden werden.

Es ist Pflicht sämtlicher Funktionäre, an dieser außerordentlich wichtigen Sitzung teilzunehmen.

Für die übrigen aber gilt immer wieder dieselbe Parole: Schließt Euch zusammen in Eure Berufsorganisation, den Deutschen Verkehrsbund.

Schiedsspruch für die Angestellten

Auf Grund der am 21. Juli vom AfA.-Bund gestellten Forderung, die Gehaltssätze des hallischen Ortstarifs für die kaufmännischen Angestellten, Techniker und Werkmeister ab 1. Juli um 15 Prozent zu erhöhen, fällte der Schlichtungsausschuß nachstehenden Schiedsspruch:

1. Alle Bezüge der Angestellten in allen Gruppen **erhöhen sich ab 1. August 1925 um 7½ Prozent, ab 1. Oktober 1925 um 10 Prozent der Tullsätze.**

2. Die zu 1 festgesetzte Gehaltsregelung kann zum ersten Male zum 31. Dezember 1925 unter Einhaltung der tariflichen Kündigungsfrist gekündigt werden.

Sollte jedoch eine wesentliche Steigerung der Lebenshaltungskosten eintreten, so kann ab 1. Dezember 1925 eine Verhandlung über anderweitige Festsetzung der Dezembergehälter beantragt werden.

3. Den Parteien wird empfohlen, hinsichtlich des Gehalts der Werkmeister in Verhandlungen einzutreten und die Bezüge der Werkmeister in ihrem Verhältnis zu den Bezügen der Werkmeister anderer Gebiete und im Verhältnis zu der von ihnen geleisteten Arbeit nachzuprüfen. Sollte eine Einigung nicht zustande kommen, so ist bei dem Antrag an den Schlichtungsausschuß ein genauer Ueberblick über die Bezüge der Werkmeister im hallischen Tarifgebiete wie in den anderen Tarifgebieten, und zwar für jede Gruppe der Werkmeister, von jeder der Parteien ein Schriftsatz in doppelter Ausfertigung einzureichen.

Der Schiedsspruch ist von den Angestelltenorganisationen angenommen worden; **die Antragsgegner (Arbeitgeber) haben eine Bedenkzeit über Annahme des Schiedsspruchs bis 10. August, mittags 12 Uhr, erhalten.**

Die mitteldeutschen Bauunternehmer verlangen Weiterarbeit zu den alten Bedingungen

Am 5. August haben die Bauarbeitgeber-Organisationen der Provinz Sachsen und Anhalts folgende Entschließung gefaßt:

„Die Auftraggeber des Baugewerbes billigen in jeder Weise den von der Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeitgeberverbände der Provinz Sachsen und Anhalts zur Durchführung des Lohnkampfes eingenommenen Standpunkt und willigen ein, daß die Arbeit nicht eher aufgenommen wird, solange nicht die Arbeiter bereit sind, zu den alten Bedingungen weiterzuarbeiten.“

Das „Volksblatt“ (Halle) vom 8. August schreibt über die Situation im Bauarbeiterkampf:

„Nach vierwöchigem Kampfe stehen also die Dinge jetzt so, daß **die Unternehmer,** die durch ihre Aussperrungspläne den Kampf auf so breiter Basis heraufbeschworen haben, jetzt einsehen müssen, daß sie **ganz falsche Rechnung** aufmachten, als sie ihrer Gefolgschaft eröffneten, daß die Bauarbeiterorganisation infolge ihrer Geldknappheit bald niedergekämpft sei. Die Herren haben eben unterlassen, mit in Rechnung zu stellen, daß die Bauarbeiter der starke Wille beseelt, auch dann den Kampf nicht aufzugeben, wenn die Unterstützungen gestreckt werden müßten. Schon immer haben die Bauarbeiter den Grundsatz hochgehalten, daß sie, wenn sie vorwärts kommen wollen, sich selbst helfen müssen. Mit dem stärksten Nachdruck durfte daher der Bezirksleiter auf der Köthener Konferenz betonen, daß die Kommunisten mit ihrem fortwährenden Geschrei, Sammlungen für die kämpfenden Bauarbeiter zu veranstalten, nur die Pläne der Unternehmer erleichtern.

Jetzt, wo der **Arbeitsausschuß** seine Arbeiten einstellen mußte, weil die Tarifgemeinschaft der vier Bauunternehmerverbände an die Bundesbeschlüsse der Unternehmer gekettet ist, werden die Bauarbeiter alles daransetzen, um die im Arbeitsausschuß gestellten und von der Konferenz anerkannten Forderungen zur Durchführung zu bringen.

Diese **Forderungen** sind in **sechs Lohnklassen** abgestuft, wobei natürlich zu beachten ist, daß die im Arbeitsausschuß so mühsam erreichte Verständigung in der Lohnklassenfrage durch die Stellungnahme der Unternehmer, die sie dann später in der Lohnfrage einnahmen, vollständig über den Haufen geworfen ist. Ausdrücklich ist dann auch vom Vertreter des Baugewerkbundes noch einmal im Arbeitsausschuß festgestellt worden, daß mit dem Aufliegen der Verhandlungen der alte Zustand wieder hergestellt sei und nunmehr für den Baugewerksbund der Tatbestand gegeben sei, daß er darauf zurückkommen werde, daß etwaige **Verhandlungen nur noch örtlich** zu führen seien. Dabei ist die in Köthen für die einzelne Lohnklasse anerkannte Forderung zu beachten. Diese besagt, daß in **Lohnklasse**

1:	Facharbeiter	1,15,	Hilfsarbeiter	1,01,	Tiefbauarbeiter	0,95 Mk.
2:	„	1,08,	„	0,95,	„	0,90 „
3:	„	1,00,	„	0,88,	„	0,83 „
4:	„	0,95,	„	0,83,	„	0,78 „
5:	„	0,85,	„	0,73,	„	0,69 „
6:	„	0,75,	„	0,64,	„	0,60 „

das Mindestmaß der Forderung ist.

In den letzten Tagen häuften sich die Fälle, wo Bauauftraggeber die Auffassung vertraten, daß es sich bei ihren Arbeiten um Notarbeiten handelt und daß, da die Unternehmer-Streikkommission diese Arbeiten freigegeben, dieselben ausgeführt werden dürften. Die **Bezirksleitung des Deutschen Baugewerksbundes** legt daher Gewicht darauf, festzustellen, daß sie **den Begriff „Notstandsarbeit“ nirgends anerkennen** kann und daß von einer Fortführung der unterbrochenen Arbeiten erstens nur dann die Rede sein kann, wenn der Unternehmer, der die Aussperrung vorgenommen hat, mit allen seinen Produktionsmitteln die Baustelle geräumt hat, und zweitens, wenn der Unternehmer, dem die Arbeit übertragen wird, den oben für die in Frage kommende Lohnklasse festgesetzten Lohnsatz anerkennt.

Die Bauauftraggeber haben es also in der Hand, die Fortsetzung der Arbeiten sofort wieder in Angriff nehmen zu lassen.“

Mit aller Entschiedenheit muß zurückgewiesen werden, daß die **Sammlungen der IAH.,** die dann noch in einer besonderen Notiz im „Volksblatt“ verunglimpft werden, und die Aufforderung an die Gesamtarbeiterschaft, eifrig zu sammeln, als Rückensteifung der Unternehmer hingestellt wird. Die Selbsthilfe der Arbeiterschaft liegt in ihrer **Solidarität,** und es ist für jeden Arbeiter, der sich nur ein Fünkchen vom ABC der Arbeiterbewegung bewahrt hat, klar, daß solche Provokationen, wie sie das Unternehmertum heute wagt, mit dem machtvollen Aufmarsch der gesamten Arbeiterschaft beantwortet werden müssen. Auch der BGB. wird nicht behaupten wollen, daß neben seiner Unterstützung, zu der er statuarisch verpflichtet ist, Sammlungen in anderen Industrien und solche Hilfe, wie sie die „Volkspark“-Verwaltung in Halle den Familien der Streikenden angedeihen läßt, zu viel des Guten wäre. Auch die Mitglieder des BGB. sind in dieser Hinsicht anderer Ansicht als die Herren Brauns und Hübner, die jetzt von Unkontrollierbarkeit der Sammelgelder sprechen, weil sie nicht dabei sind und die dem Komitee der IAH. abschlägig antworteten, als es auch an den BGB. wegen gemeinsamer Hilfaktion herangetreten war.

Die Mitglieder des BGB. sollten ihren Herren Organisationsleitern einmal gehörig sagen, daß die Arbeitersolidarität das höchste Gut der Arbeiterklasse ist und zugleich mit Nachdruck für die **Wiedervereinigung mit dem Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter** sich einsetzen, der mit seiner Verhandlungsgrundlage in Hamburg bewiesen hat, daß er keineswegs der Hemmschuh bei der Herstellung der Gewerkschaftseinheit ist.

Wir fragen weiter: **Was sagen die Mitglieder des ZGB. dazu, daß ihre Organisation in Köthen** mit den Unternehmern gekuhhandelt und **die Forderung von 1,20 Mk.** (in Magdeburg 1,30 Mk.) **auf 1,15 Mk. Spitzenlohn herabgesetzt** haben?

Zehnter ordentlicher Verbandstag des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes

Am 5. August wurde in Frankfurt a. M. im „Volksbildungsheim“ vormittags ½11 Uhr der **zehnte ordentliche Verbandstag** des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes eröffnet. Den ersten Teil des Vormittags füllten Begrüßungsansprachen der Vertreter der verschiedenen Organisationen aus. Von der Internationale begrüßt van Hinte, Amsterdam, und als Vertreter des ADGB. Eckert den Kongreß. Darauf folgen die Reden des Vertreters des Ortsausschusses Frankfurt a. M. und des Vertreters des ADGB., Kunze, der besonders wünscht, daß der Verbandstag die Bestrebungen des ADGB. zur Zentralisierung der Beamten-Organisationen unterstützt. Weiter spricht noch ein Vertreter aus Danzig.

Danach tritt der Verbandstag in seine eigentliche Tagesordnung ein. In das Präsidium werden gewählt Müntner und Schneider. Nach der Annahme der Geschäftsordnung und der Wahl der Statutenberatungskommission gibt Müntner den **Geschäftsbericht.**

Aus dem gedruckten Geschäftsbericht geht hervor, daß der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband in den letzten Jahren einen gewaltigen Mitgliederverlust zu verzeichnen hat. Den höchsten Mitgliederbestand hatte der Verband am 1. Januar 1921 mit 278 179 Mitgliedern. Prozentual jedoch zur Zahl der Beschäftigten erreichte der Verband den höchsten Mitgliederstand am 1. Januar 1924 mit 74,7 Prozent oder 200 897 Mitgliedern. Der tiefste Stand war im zweiten Quartal 1924 mit rund 150 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Seit dieser Zeit beginnt die Zahl der Mitglieder wieder zu steigen. Im zweiten Quartal 1925 betrug die Zahl der abgerechneten Mitglieder rund 174 000.

In seinem mündlichen Bericht stellt der Berichterstatter fest, daß **der Dawes-Plan die Arbeiterschaft in eine schwierige Situation gebracht hat.** Er kennzeichnet damit treffend die Phrasen der Sozialdemokratie und auch des ADGB., die den Dawes-Plan als den Aufstieg in das Sonnenland bezeichneten. Die von der Sozialdemokratie wie vom ADGB. eingenommene so schädliche Stellungnahme für die Arbeiterschaft versucht er abzuschwächen, indem er erklärt, daß wir gar nicht über An- oder Ablehnung des Dawes-Planes zu entscheiden hatten. Heute stehe für die Arbeiterschaft nur die Frage, wie sie sich mit der Wirkung des Dawes-Planes abfindet, wer die Lasten aufbringt. Weiter streift er dann kurz den Vorstoß der Unternehmer gegen den Reichsmanteltarif und die Entkommunalisierungsversuche der verschiedenen Gemeinden. Bei dieser Frage gibt er zu, daß ebenfalls **die Sozialdemokratie** sich vielfach für die Privatisierung der Staats- und Gemeindebetriebe eingesetzt hat und sie somit **zur Liquidierung des sozialistischen Gedankens beitrug,** wie in Berlin. Zur

Frage des Industrieverbandes

erklärt er, daß sie für die Vorschläge Dißmanns eingetreten sind und auch auf dem Gewerkschaftskongreß weiter dafür eintreten werden. Zum Schluß geht er auf die Kündigung des Reichsmanteltarifes ein und den Vorstoß, der von den Unternehmern unternommen ist, um die jetzigen Zustände zu verewigen. Mit einer ironischen und hämischen Bemerkung versucht er zum Schluß, von vornherein jede Kritik, die in der Diskussion geübt werden könnte, lächerlich zu machen. Dafür entbielt sein Bericht aber auch kein Wort über die Stellung des Verbandes zur Reichstags- und Präsidentenwahl, zum Vormarsch der Reaktion, zur Frage des imperialistischen Krieges (Marokko) und zum Steuer- und Zollkampf.

Anschließend gibt Ruppert den **Kassenbericht** und Dittmar den Bericht der **Presse.** Letzterer wendet sich besonders gegen die Resolutionen aus Rostock und Herne, welche sich gegen die einseitige Stellungnahme der Verbandsleitung bei den verschiedenen Wahlen zugunsten der SPD. und des Zentrumsmannes Marx wenden. Mit einigen Glossen versucht er über die Argumente hinwegzugehen. Nach ihm folgt der Bericht des **Verbandsausschusses** und des Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind anwesend 103 Delegierte, 12 Vorstandsmitglieder, 27 Gauleiter und 31 Gäste. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250810-18/fragment/page=0005

Verfassungspleite des Reichsbanners

Im Krug zum grünen Kranze — oder der Pleitegeier schwebt über dem Hallmarkt

Wir wollen von vornherein besonders darauf hinweisen, daß wir unseren Bericht über die Verfassungsfeier des Reichsbanners in Halle, im Gegensatz der „Volksblatt"-Berichte über kommunistische Kundgebungen streng objektiv halten und nur Tatsachen berichten werden, die ein jeder Zuschauer Gelegenheit hatte, selbst zu beobachten.

Das „Volksblatt" schrieb in seiner Sonnabend-Nummer über die Aufstellung des Umzuges und anderen folgendes:

„Frauen und Kinder bilden in diesem Jahre keinen geschlossenen Zug, da der Platz, auf dem die Kundgebung stattfindet, kaum für das Reichsbanner ausreicht."

Armes „Volksblatt", Du hast zwar im Laufe der Zeit in Deinen Berichten über kommunistische Veranstaltungen so viel Nullen gerauft, die Du nun sicher im Interesse der hallischen Verfassungsfeier verwenden wirst, aber damit kannst Du nicht die vielen Schaulustigen blind machen, die mit ihren eigenen Augen sich von der Kläglichkeit des „Massen"-aufmarsches der schwarzrotgoldenen Stahlhelmer überzeugen konnte. Doch wir wollen unseren Bericht der Reihe nach mit dem

Verfassungs-Sonnabend

beginnen. Schon am Sonnabend wurde die große Pleite einem jeden Sehenden offenbar. Von den angekündigten Massen, die nach der Prophezeiung des „Volksblatt" auf dem Hallmarkt kaum Platz finden würden, war nichts zu sehen. Es war nicht das „Lumpenproletariat", nicht die „Moskowiter", die „Rubellöldner" und „Russenknechte", nicht das von der SPD. verratene und von den Kapitalisten, unter eifriger Mitarbeit der Gewerkschaftsbureaukratie ausgepumpte und betrogene klassenbewußte Proletariat, das in den Abendstunden durch die Straßen zog. Nein, diesmal sah man keine oder nur ganz wenige ausgemergelte und bleiche, hungrige Gesichter.. Dissmal waren es die „Feinen", die „Vornehmen" und „Gebildeten, die „Ethiker" die Frommen, die sittsamen und tugendhaften Leitetreter, die durch die Straßen der Stadt zogen und, wie Diogenes, beim hellen Schein der Fackeln scheinbar die verlorengegangene Verfassung zu suchen. Daß dieses Verfassungssuchen ergebnislos auslaufen würde, müssen doch schon sehr viele eingesehen haben und das ist der Grund der großen Pleite.

Der Vorbeimarsch des Fackelzuges, der sich durch verschiedene Straßen des Nordens zum Hallmarkt bewegte, dauerte **genau 13 Minuten** und wies außerdem noch sehr große Lücken auf. Gezählt wurden, nach oben abgerundet, 1500 (in Worten eintausendfünfhundert) Mann, 40 Fahnen (nur schwarzrotgoldene), ein Musikkorps (übrigens das Beste vom ganzen Umzug) und einige Spielmannszüge. Außer Männern und Jungens in Hosen von Affenhaut und Lettow-Vorbeck-Hemden (!!) sah man **viele Spießbürger in Gehrock und Zylinder.**

„Sie hat ein Hütlein auf . . .", „Das Wandern ist des Müllers Lust", „Ach, wie ist's möglich dann, daß ich dich lassen (oder fassen?) kann" (nämlich die Verfassung), das waren die Marschlieder, unter den die „Massen" zum Hallmarkt zogen. Als diese „Republikanische Schutzgarde" auf den Hallmarkt zog, spielte die Musikkapelle das Lied: „Im Krug zum grünen Kranze, da kehrt' ich durstig ein".(!!)

„Liebes Volksblatt", diese unsere Feststellungen werden Dir gewiß wehe tun, aber wir haben eingangs unseres Berichtes den „Klassenkampf"-Gesetzen versprochen, objektiv zu berichten, und das, was wir bisher anführten, sind, genau wie das Nachfolgende, reine Tatsachen.

Auf dem Hallmarkt

zeigte sich die Pleite erst in ihrer ganzen Größe. Die „Masse" beschränkte sich auf einen Raum bis vier Meter der ersten Baumreihe, die, von der Kirche aus gesehen, den Hallmarkt begrenzt. Auf dem übrigen Platz stand hier und dort, völlig teilnahmslos, ab und zu eine kleine einzelne Gruppe. Es wäre doch besser gewesen, wenn zur Füllung des Platzes man auch die Frauen und Kinder mitgenommen hätte, denn dichtgedrängt hätte der Hallmarkt mindestens **30mal soviel Republikaner aufgenommen,** wie sich in Wirklichkeit eingefunden hatten. Herr Professor Waentig sprach dann etwas von republikanischen Farben und anderen Nebensächlichkeiten, um die das Reichsbaner „kämpft". Von alledem blieb auf dem Hallmarkt ein kleines Häufchen Asche abgebrannter Fackeln zurück. Die „Masse" aber marschierte zum „Volkspark", dessen Geschäftsleitung sicher nicht angenehm enttäuscht gewesen sein dürfte, denn außer dem großen Saal, der übrigens nur an den Rändern besetzt war, weil ja die große Mitte des Saales für die republikanischen Fortrottels freigehalten werden mußte, wiesen sämtliche anderen Räume, einschließlich des Gartens", eine gähnende Leere auf.

Alles in allem: Der Sonnabend brachte dem schwarzrotgoldenen Stahlhelm ein Fiasko ein, das selbst unsere Erwartungen bei weitem überstieg.

Eine Beobachtung eines Mitgliedes unserer Redaktion verdient noch erwähnt zu werden. Nach einer Besichtigung der Wild-West-Schau machte unser Genosse noch einen Rundgang durch den Zoo. Hierbei begegnete er lediglich 15 einzelnen auswärtigen Reichsbannerleuten, von denen **vier neben ihrem Reichsbannerabzeichen stolz am schwarzweißen Bande auf ihrer Uniform das Eiserne Kreuz trugen (!).**

Das geschwollene „Volksblatt"

Am Sonntag früh trafen die erwarteten außerordentlich starken Delegationen — nicht ein. Man erzählte sich am Sonnabend im „Volkspark" unter den Reichsbannerleuten: Es würden **von Magdeburg allein 8000, von Leipzig 3000 bis 4000 Reichsbannerkameraden erscheinen.** Wie geschwollen das „Volksblatt" von dem Reichsbannertag geredet hat, geht daraus hervor, daß es in der Sonnabend-Nummer, aufgeblüht wie ein Hahn, geschrieben hatte: „Frauen und Kinder bilden in diesem Jahre keinen geschlossenen Zug, **da der Platz, auf dem die Kundgebung stattfindet, kaum für das Reichsbanner ausreicht."** Die Erwartungen waren also auf das höchste hinaufgeschraubt worden, und die Enttäuschung mußte hernach um so größer werden. An dem Demonstrationszug, der sich vom Roßplatz aus durch die Stadt bewegte, haben sich höchstens 5000 Mann beteiligt. Der Vorbeizug dauerte 38 Minuten, aber er dauerte nur deshalb so verhältnismäßig lange, weil die Abstände zwischen den einzelnen Abteilungen oft mehr als 100 Meter betrugen. Ueber ein Kilometer wurde auf diese Weise durch Hohlraum ausgefüllt (wenn man so sagen darf). An großen Fahnen wurden zirka 190 gezählt, ebenfalls waren eine Reihe von Kapellen, Trommler- und Pfeifer-Korps vorhanden, die aber zuweilen eine Katzenmusik aufführten.

Herr Runge im Demonstrationszug

Ausgerechnet Herr Runge! Der abgetakelte Polizeipräsident! Wir trauten unseren Augen nicht, als wir Herrn Runge im Zuge mitdemonstrieren sahen. Herr Runge ist kaltgestellt, und jetzt will er sich wahrscheinlich wieder bei seinen Freunden warm machen. Als Herr Runge noch Polizeipräsident war, da dachte er nicht daran, zu demonstrieren, da dachte er höchstens daran, **in Demonstrationen schießen zu lassen.** Heute haben sich (selbstverständlich nur für Herrn Runge) die Verhältnisse gründlich geändert. Während ihm noch vor kurzer Zeit bescheinigt wurde, von seinen eigenen Leuten und sogar von den Deutschnationalen, daß er zehn Kilometer rechts von den Deutschnationalen stehe, entdeckt er plötzlich sein republikanisches Biedermannsherz und demonstriert unter Bürgern als Bürger für Einigkeit und Recht und Freiheit. Obs ihm wohl von den so gern verzeihenden Genossen mit einer neuen Stelle belohnt wird?

Deutschland, Deutschland über alles!

Nebst einigen Frühlings-, Feld-, Wald- und Wiesenliedern und „Muß i denn, muß i denn, zum Städtele hinaus" wurde auch als politisches Lied „Deutschland, Deutschland über alles!" aus Männerbrüsten gesungen und gespielt. Zur Ehre einer ganzen Reihe proletarischer Reichsbannerleute muß gesagt werden, daß dieses Lied Befremdung, ja sogar eine gewisse Empörung ausgelöst hat. Dies Deutschland-Lied war das Charakteristikum des ganzen Zuges. Von einem Kampfgeist, von einem entschlossenen proletarischen Willen war auch nicht ein Hauch zu verspüren. Während in der vorjährigen Reichsbannerveranstaltung in Halle noch zwei rote Fahnen zu sehen waren und auch eine größere Teilnehmerzahl, sah man in der diesjährigen Veranstaltung — die Auguren des Reichsbanners werden dies als einen Fortschritt bezeichnen — **keine einzige rote Fahne.** Statt dessen allerdings eine Prostitution des alten Kämpfers Bebel, den man mit schwarzrotgoldenen Streifen umwunden im Harz ausgestellt hatte.

Ein proletarisches Gepräge hatte dieser Demonstrationszug überhaupt nicht mehr. Kein Plakat, keine Forderung zeigte an, daß die Demonstrierenden mit dieser Republik auch nur in irgendeiner Weise zu rechten hätten. Sie scheinen mit ihren Errungenschaften zufrieden zu sein.

Das devote Telegramm an Hindenburg

Der Demonstrationszug mündete auf dem Hallmarkt, wo ein Kamerad vom Bundesvorstand die Grüße des Bundespräsidenten Hörsing überbrachte, **„der gerade hier in Mitteldeutschland manchmal mit harter Faust zugreifen mußte, um Ruhe und Ordnung zu schaffen".** Der Bundespräsident Hörsing läßt sich von einem seiner Untergebenen noch für seine Bluttaten am mitteldeutschen Proletariat glorifizieren. Wahrhaftig, dieser Reichsbannervertreter hätte zum mindesten den Takt (und sie sprechen so gerne von diesen Dingen) besitzen sollen, wenigstens von den blutigen Kapiteln des Herrn Hörsing zu schweigen. Am Schluß der Kundgebung auf dem Hallmarkt wurde ein untertäniges Telegramm an Hindenburg abgesandt, dessen Inhalt ungefähr war, daß die versammelten Anwesenden (sie wurden in diesem Telegramm mit „Zehntausende" angegeben, die hier zum Mitteldeutschen Republikanertag versammelt seien) die Bitte an Hindenburg richten, den 11. August zum Nationalfeiertag zu erheben.

Herr Kasparek als Abschluß des Mitteldeutschen Republikanertages

Der Reichsbannertag für Mitteldeutschland endete mit einem allgemeinen Schmoz in den einzelnen Lokalen. Obwohl der Festausschuß die dringende Mahnung an die einzelnen Teilnehmer gerichtet hatte, diesen Tag würdig zu begehen, war der Abschluß alles andere als würdig. Man sah viele Betrunkene, aber so etwas Betrunkenes wie Herrn Kasparek, das kann nicht überboten werden! Herr Kasparek hatte zweifellos die Würde dieses Tages begriffen. Er wurde von Roten Frontkämpfern in sinnlos betrunkenem Zustande am hinteren „Volkspark"-Ausgang, Kleine Gosenstraße, in einem bemitleidenswürdigen Zustande gefunden. Was er in diesem Zustande für Prozeduren machte, sträubt sich die Feder zu schreiben. Herr Kasparek benahm sich wie ein Hund, der keine Ecke ansehen kann, ohne sein Geschäft zu verrichten. Dazu schrie er nur immer:

„Ich bin Kasparek, der „Volksblatt"-Redakteur. Seht mich an, ich feiere die Verfassung."

Der Zustand des Herrn Kasparek war wirklich bemitleidenswert. Seine eigenen Leute waren nicht imstande, sich um ihn zu kümmern, und es stellt den von Herrn Kasparek so oft mit Dreckkübeln beworfenen Frontkämpfern ein ehrenvolles Zeugnis aus, daß sie sich in so würdiger Weise dieses sinnlos betrunkenen „Volksblatt"-Redakteurs angenommen haben, um ihn einigermaßen zu beruhigen. Daß Herr Kasparek seinen Bericht und die Zahl der anwesenden Republikaner heute dreidimensional betrachten wird, ist uns klar. Wir bitten die „Volksblatt"-Leser, dies dem armen und sinnlos Betrunkenen entschuldigen zu wollen.

Das endgültige Ergebnis der Volkszählung

vom 16. Juni 1925 in Halle hat an Stelle der bei der vorläufigen ersten Auszählung ermittelten 192 497 ortsanwesenden Personen noch 167 Ortsanwesende weniger erbracht.

Wir hatten schon bei der wenige Tage nach dem Erhebungstag bekanntgegebenen Zahl der ortsanwesenden Personen darauf hingewiesen, daß diese Zahl nicht mit der fortgeschriebenen Einwohnerzahl ohne weiteres verglichen werden dürfe, da die Fortschreibung nicht bloß die Ortsanwesenden, soweit sie polizeilich gemeldet sind, sondern auch die vorübergehend oder zufällig abwesenden, das heißt abwesende, aber polizeilich nicht abgemeldete Personen einbezieht.

Die Feststellung der am Zähltage vorübergehend abwesenden Personen hat 6137 Personen dieser Art ergeben. Rechnen wir diese stattliche Zahl, die sich aus Urlaubsreisenden, Geschäftsreisenden, Verwandtenbesuchen, Erkrankungsaufenthaltern usw. zusammensetzt, zu der ortsanwesenden Bevölkerung 192 330 Personen hinzu, kürzen sie aber um die Zahl der sowohl in der Wohnung als auch im Krankenhaus gezählten hier ortsansässigen Krankenhausinsassen, das sind 800 Köpfe, so hatte Halle am Zähltage eine Gesamtbevölkerung von 197 667 Personen.

Da die Fortschreibung auf 1. Juni 1925 als Gesamtbevölkerung 198 318 Personen ergeben hatte, so ist die statistische Fortschreibung ungewöhnlich dicht bei der tatsächlichen Bevölkerungszahl geblieben.

Wenn wir alle als vorübergehend anwesend bei der Volkszählung ermittelten Personen von der Gesamtbevölkerung absetzen wollten, so würde sich für den 16. Juni 1925 eine rechnerische Wohnbevölkerung von 193 724 Personen ergeben.

Von der rechnerischen Wohnbevölkerung waren 92 231 männlichen Geschlechts oder 47,6 Prozent und 101 493 weiblichen Geschlechts oder 52,4 Prozent.

Gegenüber der letzten Vorkriegsvolkszählung von 1910 ist der Anteil des männlichen Geschlechtes von 48,3 Prozent um 0,7 Proz. gesunken. Die Zahl der Haushaltungen setzte sich am 16. Juni 1925 folgendermaßen zusammen: 50 279 Haushaltungen mit zwei und mehr Personen (Familienhaushaltungen), 3793 Haushaltungen mit einer Person (Einzelhaushaltungen), 88 Gehöfte usw., 131 Anstalten (Anstaltshaushaltungen) zusammen. 54 293 Haushaltungen gegen 43 418 Haushaltungen in 1910.

Schließlich sind bei der mit der Volkszählung verbundenen Gewerbezählung 9845 ausgefüllte Gewerbebogen und 1403 ausgefüllte Landwirtschaftsbogen abgegeben worden, deren Bearbeitung das Statistische Landesamt in Berlin besorgt.

Falsche 50-Rentenpfennigstücke

In letzter Zeit tauchen sehr viel falsche 50-Rentenpfennigstücke auf. So sind im Juli allein 45 dieser Falschstücke angehalten worden, ohne daß sich deren Ursprung klärte ermitteln lassen. Besonders häufig kommen Stücke vor, die sich in folgendem von echten Stücken unterscheiden:

Vorderseite: An dem c in dem Worte „Deutsches" befindet sich am unteren Ende ein kleines Hächen, das dort nicht hingehört.

Rückseite: Die beiden linksseitigen obersten Aehrenstiele sind in ihrem geraden Teile etwas nach außen gebogen. Außerdem haben die Stücke fast regelmäßig eine bläulichschwarzen Glanz.

Eine andere Art dieser Falschstücke ist an der sehr mangelhaften Prägung, insbesondere an den zur Verwendung gelangten ungleichen Schriftstippen und den ungleichen Zwischenräumen zwischen den einzelne Schriftzeichen, außerdem auf der Rückseite an der unnatürlichen und mangelhaften Aehrennachbildung leicht erkennlich.

Frauen der Streikenden!

Heute abend 8 Uhr im „Volkspark" Versammlung

Selbstmorde

Am 6. August 1925, abends 8 Uhr, erschien der Handlungsgehilfe Kurt Lippold, 21 Jahre alt, Torstraße 19, in der Wohnung des Kammerjägers Kurzmann, Steinweg 54, und teilte der Familie mit, daß ihr Sohn Erich, 17 Jahre alt, auf der Treppe liege und krank sei. Der Vater trug seinen Sohn nach der Küche und holte einen Arzt, der die sofortige Ueberführung nach der Medizinischen Klinik anordnete. Inzwischen fiel Lippold in der Küche von Kurzmann ebenfalls um und mußte gleichfalls nach der Klinik überführt werden. In der Klinik wurde festgestellt, daß Kurzmann und Lippold an Vergiftung verstorben sind. Beide haben sich am Dienstag, dem 4. August, aus ihren elterlichen Wohnungen entfernt und sind erst am Donnerstag, abends nach 8 Uhr, zurückgekehrt. Nach vorgefundenen Schriftstücken liegt Selbstmord vor.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend Ortsgruppe Halle.

Heute, Montag, abend ½8 Uhr **Vorstandssitzung** in der Produktiv-Genossenschaft. Alle Vorstandsmitglieder müssen vollzählig erscheinen.

Die Ortsleitung.

„Jung-Spartakus-Bund", Ortsgruppe Halle.

Heute treffen sich alle Spielleute ½7 Uhr auf dem Sandanger.

Dienstag abend ½6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft findet für alle Gruppen ein gemeinsamer Gruppenabend statt. Da morgen Verfassungstag ist, müssen alle Mitglieder erscheinen und wir erwarten, daß auch die Arbeiteretern ihre Kinder zu unserer Veranstaltung schicken.

Arbeiter-Sport

Kröllwitz 1. gegen Minerva 1. 5 : 1

Das Spiel begann pünktlich um 5 Uhr. Anfangs verteiltes Spiel, bis es dem Mittelstürmer gelang, sich glänzend durchzusetzen und Minerva in Führung brachte. In derselben Minute gleicht Kr. durch Elfmeter aus. Nun wird Kr. dank seiner guten Läuferreihe besser. Bald sitzt das zweite Tor und kurz vor Halbzeit das dritte Tor.

Nach der Halbzeit stellt Minerva um. Auch dieses will nicht richtig glücken, da Minervas Läuferreihe versagt und somit ihr Sturm lahmgelegt ist. Kr. Sturm spielt gut zusammen, die Verteidigung Minervas hat zu tun, um die Angriffe abzuwehren. Eine weitere Umstellung Minervas. Mittelläufer geht mit in Sturm. Dadurch ist die Hintermannschaft geschwächt. Kr. kann nun nach zwei Tore treten bis zum Schluß.

Bei Kr. die ganze Mannschaft gut, der Sturm gutes Zuspiel, die Läuferreihe arbeitete aufopfernd.

Bei Minerva kamen die beiden neuen Leute Brödel und Teutloff nicht richtig zur Geltung, da sie keine richtige Unterstützung fanden und die Außenläufer den Sturm nicht vorwärtstrieben.

Minerva 2. gegen Nietleben 2. 3 : 1

Minerva in der ersten Halbzeit überlegen und führend mit 1 : 0. Nach der Halbzeit kommt Minerva auf und kann das Resultat bis zum Schluß für sich auf 3 : 1 stellen.

Minerva 3. gegen Radewell 3. 5 : 0
Minerva Jugend gegen Bruchdorf Jugend 2 : 2
Giebichenstein 1. gegen Gröbers 1. 1 : 2

Einen Ersatz-Schiedsrichter stellten sich beide Mannschaften zu dem Wiederholungsspiel. Flott setzte das Spiel ein. Bei einem hohen Ball, welchen der Gieb. Torwart fängt, fällt dieser, mit ihm der H.-R. von Gr. Der Tormann wurde verletzt. Mit je zehn Mann geht das Spiel in scharfem Tempo weiter. Eine Ecke von links muß der Ersatz-Tormann von Gieb. ins Tor lenken. Ein Angriff von Gieb. Der l. V. von Gr. gibt den Ball nach hinten zum Tormann. Leider zu langsam. Der H.-R. von Gieb. schießt zum Ausgleich ein. Von Zeit zu Zeit wird das Spiel härter. Viel Strafstöße werden gegeben. Gr. Angriffe flott, aber durch Abseits unterbunden. Wieder flotte Angriffe von Gr. Kurz vor Schluß stellt Gr. das Resultat auf 2 : 1.

Nach einer Pause wieder flotte Angriffe. Die Verteidiger klären gut. Einige Spieler können das rohe Spielen nicht lassen. Nach einer Viertelstunde: Gieb. bricht das Spiel zugunsten Gröbers ab.

Giebichenstein 2. gegen Lettin 2. 1 : 2.
Giebichenstein 3. gegen Viktoria 3. 3 : 6.

Fichte 1. gegen Wörmlitz 1. 1 : 0

Ein faules Spiel. In anständigem Spiel ging das Spiel auf und ab. Halbzeit 0 : 0. Aus einer Flanke von rechts konnte Fichte durch unanhaltbaren Schuß den Sieg an sich nehmen. Wörmlitz spielte eifrig.

Fichte 2. gegen Teicha 2. 6 : 1.
Fichte Jugend gegen Giebichenstein Jugend 2 : 0.
Viktoria 1. gegen Lettin 1. 4 : 3.
Viktoria 2. gegen Kröllwitz 2. 2 : 2.
Viktoria Jugend gegen Askania Jugend 2 : 1.

Handball

Fichte 1. gegen Cöthen 1. 2 : 3.
Fichte 2. gegen Merseburg 1. 7 : 0.
Fichte Jugend gegen Othello Jugend 6 : 1.
Fichte Turnerinnen gegen Sportlust 7 : 0.

TV. „Die Naturfreunde", Halle (Sportgruppe). Die 1. Handballmannschaft schlug am Donnerstag, dem 6. August, Othello mit 2 : 0. Heute, Montag, um ½6 Uhr, treffen sich alle Sportler im hallischen Stadion zum Trainieren. Es ist 1 Mk. für die Jahreskarte zum Trainieren gleich dort zu bezahlen. Donnerstag, den 13. August, spielt die 1. Mannschaft gegen Adler 1. um 4 Uhr auf der Peißnitz. Alle Sportler fahren mit nach Querfurt zum Unterbezirkstreffen und Propagandaspiel. Dienstag, den 11. August, spielt um 7 Uhr auf der Peißnitz die 2. Mannschaft gegen Achilles 2. Die 2. Mannschaft hat für einen ordnungsmäßigen Platz zu sorgen.

Arbeiter-Athletenbund. Heute abend 8 Uhr im „Trompeterschlößchen", Merseburger Straße: Kreisvorstandssitzung.

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk. Alle Vereine, die mit ihren Kreissteuern, 2. und 3. Rate, sowie Zeitungsgeldern noch im Rückstande sind, werden aufgefordert, sofort ihren Verpflichtungen nachzukommen. Vereine, welche mit ihren Beiträgen auf dem laufenden sind und mit veröffentlicht wurden, wollen Anteilagen (Quittungen) vorlegen, damit eine genaue Regelung stattfindet. Die letzte Rate der Steuerveranlagung ist zum 1. September fällig, mit Ausnahme von einigen Vereinen, welche schon fertig sind. Vereine, gebt acht, in Kürze werden die Strafen der 1. Runde veröffentlicht.

Verantwortlich: Max Lademann Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Nervöse, wacht auf!

Sie fühlen sich abgespannt, leiden unter Kopfschmerzen, Gedächtnisschwäche, leichter Erregbarkeit, Schwindelanfällen und bedenken nicht, daß diese Erscheinungen schleichende Vorposten weit schlimmerer Leiden sind.

Lassen Sie sich die Augen öffnen!

Schwere Nervenleiden wie Neurasthenie, Hysterie, Hypochondrie können in den meisten Fällen durch rechtzeitige Einnahme des Nervennährmittels Dr. med Campes „Nervanol" vermieden werden. Leider tun aber die meisten Nervösen erst dann etwas für ihre Nerven, wenn sich bereits unheimliche Erscheinungen wie: Flimmern der Augen beim Lesen, Zittern der Hände und Füße, Taubheitsgefühle, Herzklopfen, schwere Träume, Ziehen und Schmerzen in den Gliedern, Ameisenlaufen in Armen und Beinen, Kreuz- und Rückenschmerzen, Muskelschmerzen, Zwangsvorstellungen aller Art eingestellt haben

Aber auch jetzt ist noch Rettung möglich!

Hören Sie, wie Geheilte über „Nervanol" urteilen:

Seit ich Nervanol nehme, fühle ich mich wohler, bin ich ein ganz anderer Mensch . . . komme ich mir wie neugeboren vor . . . das Unlustgefühl ist verschwunden, ich habe wieder Freude an meinem Beruf. Ich fühle mich so stark, daß ich Bäume ausreißen könnte.

Ich litt jahrelang an Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit und infolgedessen an einer derart starken Gemütsdepression, daß ich einen Ekel am Leben empfand und mich mit Selbstmordgedanken beschäftigte. Mit dem letzten Funken von Energie machte ich noch einen Versuch mit Nervanol, nachdem ein monatelanger kostspieliger Aufenthalt in einer Nervenheilanstalt ohne jeden Erfolg geblieben war. Nach Gebrauch von 8 Schachteln spürte ich eine dauernde Besserung und fühle mich seither so gesund wie nie zuvor. Meinen Freunde, der infolge vie er Schicksalsschläge ebenfalls an einem schweren Nervenleiden litt, riet ich ein ultimo ratio ebenfalls zu Nervanol. Zur unaussprechlichen Freude seiner Angehörigen leitet er heute wieder sein großes Unternehmen und dankt dies nebst Gottes Hilfe einzig und allein zur ihrem Nervanol

Sie wissen jetzt, wo Sie Rettung finden!

Legen Sie noch heute den Grundstein zu einem glücklichen Leben

indem Sei Dr. med. Campes „Nervanol" kennen lernen. Denken Sie nicht: das hat noch Zeit oder gar: bei mir hilft ja doch nichts, sondern schreiben Sie lieber gleich heute eine Karte an die Fa. Dr. med. G. Campe, G. m. b. H., Magdeburg-N. Sie erhalten dann sofort kostenlos und franko eine Gratisprobe Nervanol nebst einer Broschüre über Nervenleiden

*244

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250810-18/fragment/page=0006